

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Roon-Strasse 1/1,  
und durch Subskriptionen zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 2.50,  
von Wende zu Wende.  
Durch die Post bezogen 2.75,  
post frei 3.00.  
Der Preis des Einzelhefts 0.50.  
Der Preis des Quartals 1.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlag  
Roon-Strasse 1/1  
Telefon 1206  
Expedition 1206

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 227.

Mittwoch, den 29. September 1909.

20. Jahrgang.

## Der Hohn der Pfaffen.

Zu den frommen Schnapsbrennern, die von der Armut und dem Elend des Volkes ihre Reichthümer sammeln, haben sich die pfäfflichen Frommen gefüllt, die auf der Dummheit derselben Volksschichten ihre Pracht aufbauen, um die Arbeiterschaft wegen ihres Kampfes gegen die Schnapspest zu verhöhnen und zu bespötteln. Seltsam — seit tausend Jahren fast schwingt das katholische Kirchen- und Weibrauchthum und Krummstab über den Armen Obergeschlechts, ohne gegen die furchtbaren Verheerungen des übermächtigen Branntweingenußes auch nur das geringste ausrichten zu können. Sogar Kardinal Kopp hat die Teilnahmslosigkeit des Klerus gegenüber dem Kampfe mit dem Alkoholismus — „zu getadelt, und jetzt, wo die arbeitende Arbeiterschaft sich an das schwere Werk macht, die verdreherische Gleichgültigkeit der katholischen Kirchenmacht gegenüber einem Volksübel durch eine eigene Aktion zu erweisen, hat diese Stipperschaft nichts als Hohn und Spott für unser humanes Werk. In einem Artikel über „Die Kampfesfreudigkeit der Sozialdemokratie“, der in beiden hiesigen Zentrumsblättern erschien, heißt es zum Beispiel:

„Daß die Sozialdemokraten nur auf den Gang der Dummheit ausgehen, ist ja zur Genüge bekannt. Es wird dazu in allen möglichen Tönen von der „alleinsetzenden Sozialdemokratie und ihrer energiegelassen Tätigkeit“ getrieben, daß es nur so eine Art hat. So hat man jüngst mit großer Eramt der Welt verkündet, daß man den Junkern eine dicke Suppe einbrocken wolle und daß man sie durch den Schnapsboykott einfach aushungern werde. Wo bleibt nun aber der Schnapsboykott?

Wir fragen das nicht aus „Bosheit“, sondern in dem aufrichtigen Wunsche, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Kampfe gegen den Schnaps recht viel Erfolg haben möge. Der fromme und feierliche Beschluß des Parteitagcs liegt vor; es ist eine Ehrenpflicht der ganzen Partei, ihn durchzuführen. Wir merken aber noch nichts von den Wirkungen dieses Beschlusses.“

Kann man die Unverschämtheit und die Heuchelei weiter treiben, als er in dieser Frage geschieht? Was die katholische Kirche in acht Jahrhunderten mit all ihren Pfaffen, Kaplänen und Mönchen, mit ihren Bischöfen und Kardinalen, mit ihrem unermeßlichen Reichthum, ihren Heilslehren und ihrer großen Macht über das Gemüt von Tausenden nicht imstande war, das soll die kämpfende Arbeiterschaft in acht Tagen durchsetzen? Welche Ohrfeigen sind das für die eigenen Konfrater der katholischen Presse!

Schließlich bekennen sich die Zentrumsleute offen als Kumpane der Schnapsbrenner:

„Der Schnapsboykott“, so verkündete der Berichtsteller, „soll ein Schlag auf das Haupt der Gegner sein, die uns die neuen Steuern beschert haben.“ Wohl, wir gehören auch zu diesen Gegnern und erwarten mit Sehnsucht den Schlag auf's Haupt, der uns zugeht. Wenn der Schnapsverbrauch beträchtlich vermindert wird, so bringt uns das eine so große Menge von wirtschaftlichen, gesundheitlichen und politischen Segen, daß die etwaigen finanziellen oder parteipolitischen Nachteile gar nicht dagegen ins Gewicht fallen. Es lebe, blühe und gedeihe der Schnapsboykott!“

Man muß sich an die traurigen Erzählungen erinnern, mit denen Pfarrer Kapitzka auf dem Breslauer Katholikentage vom Elend seiner trunksüchtigen „Pfarrkinder“ berichtete, um zu fragen, warum diese rohen Burschen von sterblichen Zeitungsschreibern den gesundheitlichen Segen des Schnapsboykotts nicht aus eigenem heraus, mit selbständigen Auftrufen und rühriger Propaganda betreiben! Weiß sie wissen, daß die Dummheit der Verfassenden die sicherste Grundlage ihrer Macht und Herrlichkeit ist, und diese Dummheit nicht durch Nüchternheit gefährdet werden darf.

In der Hauptsache aber ist es wohl der Neid um den hohen moralischen Erfolg, den sich die Sozialdemokratie mit ihrem Beschluß erwarb, der Neid wegen der Sympathien, die sich in den weitesten Schichten der Bevölkerung für unsere Ideen kundgeben. So sagt zum Beispiel die Naumann'sche „Stimme“:

„Ueber die Resolution herrscht auf der Seite der Schwarzbären eine große Wut, und die journalistische Unerschlichkeit treibt in der Zentrums- und Bündlerpresse wieder einmal große Wüthen. Es ist nicht richtig, daß die Sozialdemokratie bisher mit zugewinkelten Augen an dem Problem des Alkoholismus vorübergegangen ist; sie hat es wiederholt und einmal ausführlich behandelt, ohne dabei mehr leisten zu können als die sonstigen humanitären Vereine. Jetzt soll der Arbeiter aus politischen Motiven schnapsabstinent sein. Natürlich hat die Partei nicht die Mittel, ihren Anhängern den Spirituosenhaushaltplan zu diktiert; aber sie mag hier einen neuen Schritt. Von jetzt ab muß sie, und man braucht nicht zu zweifeln, daß es geschehen wird, dem Massenbewußten Arbeiter die Enthaltung vom Schnapsgebruß als eine proletarische Klassenpflicht einprägen. Indem sie den Schnaps vermeiden, verweigern sie dem Staat der ausschließlich indirekten Abgaben einen Teil der Steuern, und hoffen, nach den Angaben auf diese Weise die Liebesgaben kürzen zu können. Ob das in dem erwarteten Umfang erreicht wird, bleibt natürlich recht zweifelhaft. Aber auf alle Fälle handelt es sich um einen bedeutsamen Vorgang, daß die Sozialdemokratie in wachsendem Maße vorgang, daß die Willensbildung ihrer Anhänger in die Hand zu nehmen. Sie leistet damit etwas für die

Wertvolles und trägt ihr Teil bei zur Lösung einer der ernstesten Fragen der Volksgesundheit.“

Eine ähnliche Auffassung hat auch das Zentralorgan der Generalkommission deutscher Gewerkschaften von dem Beschluß:

„Vor allem bedeutsam aber ist ein einstimmiger Beschluß des Parteitages, der durch die jüngste Steuergesetzgebung eingeleiteten Schröpfung der ärmeren Volksschichten, verbunden mit neuen Liebesgaben an die Junkerkasse, durch einen energisch eingeleiteten Schnapsboykott zu beugen. Allseitig wurde betont, daß eine solche Bewegung nicht allein von der Sympathie weiterer Volksschichten getragen werde, sondern daß sie auch auf die Reichthümer und damit auf das Gelingen des Steuerabzuges einen nachhaltigen Einfluß ausüben könne und damit die Regierung von neuem zwingen müsse, dem Volke Rede und Antwort für ihre Steuerpolitik zu geben. Auch sei eine erhebliche Einschränkung des Schnapskonsums das einzige Mittel, die schnapsbräudenden Junker um den Erlolg ihrer Liebesgabenpolitik zu bringen. Dieser Parteitagsbeschluß wird in allen Gewerkschaftskreisen die ungeteilteste Zustimmung und Mitwirkung finden. Ein Teil unserer Gewerkschaftsblätter haben schon vor dem Parteitag Aufforderungen zum Boykott des Branntweins erlassen und die übrige Gewerkschaftspresse wird sich diesem Vorgehen gern anschließen.“

Das ist inzwischen geschehen und sogar die Pseudo-„Einigkeit“ der Lokalkisten ruft ihren Anhängern zu: Meidet den Schnaps. Wir möchten diese Ausführungen mit den beherzigenswerten Mahnungen schließen, mit welchen die Erfurter „Tribüne“ den Parteitagsbeschluß begleitet:

„Die Schnapsjunker und all das Schmarozergesindel, das mit Hilfe der Liebesgaben usw. sich die Taschen füllt, müssen an ihrer empfindlichsten Stelle, an ihrem Geldbeutel getroffen werden. Sie müssen wenigstens in etwas merken, daß das arbeitende Volk die freche Besteuerung durch die herrschenden Klassen nicht mehr so apathisch hinnimmt. Gleichzeitig muß dieser Kampf gegen den Fufel innerhalb der Arbeiterschaft zu einer Verdrängung des Alkoholismus führen, der noch so viele Köpfe unnebelt, sie an klarer Erkenntnis hindert und zur Teilnahme am Befreiungskampfe des Proletariats untauglich macht.“

Unser aller Pflicht ist es jetzt, dafür zu sorgen, daß der Leipziger Beschluß gegen den Alkohol nicht im Protokoll vergraben, oder mit einigen schwungvollen und gutgemeinten Zeitungsartikeln abgetan wird. Nein, jeder ohne Ausnahme hat ihn in die Tat umzusetzen. Zunächst dadurch, daß jeder an seinem Teile auf den Schnapsgebruß verzichtet. Groß ist der Schnapskonsum dort, wo eine gesunde Arbeiterbewegung existiert, nicht gewesen, aber so manches Schnäpschen „für fünf Pfennig zum Frühstück“ oder zum „Staubhinsunterputzen“ in der Werkstatt oder auf dem Bau wurde doch tagaus tagein auch hier konsumiert. Das Ausfallen dieser Tausende und Abertausende Fünftennig-Schnäpfe und dieser Staubspüler in ganz Deutschland werden unsere Schnapsjunker aber doch allmählich werden. Wenn der Schnaps aber Gesundheitsgetränk geworden ist, der über sich in der Selbstzucht, der bedenklich jedesmal, wenn ihm die Hand nach der Flasche juckt, daß er den schlimmsten Volksausbeutern mit der Forderung seiner Leidenschaft eine Prämie zahlt. Und wo die Willenskraft des einzelnen nicht ausreicht, da mögen die einflussvolleren Arbeitsgenossen in der Werkstatt, auf dem Bau, in den Fabriksälen und am Wirtstische dem Schwachen das Gewissen stärken und ihm klar machen, daß jeder Tropfen Schnaps, den er durch die Kehle jagt, eine Stärkung der Junkersippe und eine Verhöhnung der Arbeiterschaft bedeutet. Wenn der Leipziger Beschluß gegen den Schnapskonsum in dieser Weise praktisch durchgeführt wird, kann nicht der Fufel zunächst aus den Reihen der fortgeschrittenen Arbeiter verschwinden, die Rückwirkung auf die kulturell tiefer stehenden Arbeiterschichten wird nicht ausbleiben, und selbst aus den Reihen des Lumpenproletariats wird manch einer aus den Krallen des Schnapsfufels gerissen werden können. Mit einem Schlage werden sich die segensreichen Wirkungen des Leipziger Beschlusses nicht fühlbar machen, wenn aber jeder Genosse an seinem Teile und in seinem Kreise im Sinne des Beschlusses andauernd wirkt, werden ganze Gegenden und ganze Arbeiterkategorien für die sozialdemokratische Kulturarbeit gewonnen werden können. Den Schnapsjunkern aber wird die Plünderung und Verblödung des Volkes einigermassen versalzen.“

Schließlich verursacht es der freisinnigen Presse noch Kopfschmerzen, ob die „großen sozialdemokratischen Leuchten“ die Mahnung „Hannemann, geh Du voran“ im Punkte Schnapsboykott beherzigen werden. Die Herrschafte sollen das getrost unsere Sorge sein lassen, die sozialdemokratische Arbeiterschaft weiß schon selbst, was sie von ihren Führern zu verlangen hat, sie wacht darüber und die Führer ihrerseits kennen den hohen Wert des vorbildlichen Beispiels. Im allgemeinen wird Disziplin in diesem Punkte keinem von uns so schwer fallen, als mancher „Individualität“ aus dem anderen Lager.

## Der gesunde Niefenstreik.

Aus Stockholm wird dem „B. Z.“ geschrieben: Sehr interessant ist die Feststellung der Tatsache, daß die Sterblichkeitsziffer in Stockholm und auch in anderen größeren schwedischen Städten sich seit langen Zeiten nicht so günstig gestaltet hat wie in den Wochen des Niefenstreiks. In der Woche vom 8. bis 14. August letzte Stockholm geradezu einen „Mortalitätsrekord“; die Sterblichkeitsziffer war nämlich nur 8,7 pro Tausend (au, das Jahr berechnet), das ist die niedrigste Sterblichkeitsziffer, die überhaupt in der schwedischen Hauptstadt festgestellt worden ist. Eine der hervorragendsten medizinischen Autoritäten Stockholms hat sich dahin ausgesprochen, daß diese ungemein bedauerlichen Sterblichkeitsziffern überhaupt Gesundheitsverhältnisse ganz zweifellos mit dem — Niefenstreik in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Was die Gesundheitsverhältnisse Stockholms während der in Frage stehenden Wochen angeht, so weist die offizielle Statistik zunächst einen Rückgang der epidemischen Krankheiten, vor allem des Scharlachfiebers und der Typhus, auf. Die wöchentlichen Zahlen sind bedeutend niedriger, vielfach nur halb so groß, wie die sonstigen Durchschnittszahlen. Die Sterblichkeitsziffern während des Niefenstreiks haben aber Anspruch auf ein noch höheres Interesse. Während in Stockholm in der Woche vom 8. bis 14. August 1909 nur 57 Todesfälle eintraten, die Sterblichkeit also, wie erwähnt, 8,7 pro Tausend betrug, war die Sterblichkeit in der entsprechenden Woche der letzten Jahre (immer auf das Jahr berechnet) ganz erheblich höher, nämlich 1908 11, 1907 10,8 und 1906 11,9 pro Tausend. Noch größer war die Sterblichkeit in der entsprechenden Woche der fünf vorhergehenden Jahre 1905 bis 1901 — im Jahre 1901 sogar 16,8 pro Tausend. Vergleicht man aber die Stockholmer „Krisenwoche“ mit den Verhältnissen der großen Städte des Auslandes während desselben Zeitraumes, bekommt man erst recht eine Vorstellung von dem liberalesten Niveau des Gesundheitszustandes der schwedischen Hauptstadt während des Niefenstreiks. Gegenüber der Stockholmer Mortalitätsziffer von 8,7 pro Tausend hätte in demselben Zeitraum beispielsweise Kopenhagen 12,9, Christiania 12,6 London 11,3 Prag 28,3, Wien 14,7, Paris 14,9 pro Tausend aufzuweisen.

Die Frage nach der Ursache dafür, daß die Gesundheitsverhältnisse Stockholms und der übrigen großen Städte Schwedens während des Niefenstreiks so ausgezeichnete gewesen und sich immer noch weiter zufriedenstellend gestalten, beantwortet der oben angeführte Professor dahin, daß eine Reihe von günstigen Umständen, die der Niefenstreik mit sich gebracht habe, hier zusammenwirkend gewesen seien. Am wichtigsten sei zweifellos der Umstand, daß die großen Schwärme, aus denen sich die „Armeen des Müdiggangs“ während der Streikwochen sammelten, Gelegenheit gehabt hätten, sich fast unausgesetzt unter freiem Himmel, in frischer Luft, aufzuhalten; was der körperlichen Gesundheit natürlich äußerst dienlich gewesen sei. Wie umfassend die für die Arbeitsräume geltenden sanitären Vorschriften auch sein mögen, so sei die Luft in den Arbeitslokalen doch im allgemeinen immer so beschaffen, daß sie in gesundheitlicher Beziehung mehr oder weniger schädlich wirken müsse. Die Bedeutung des Alkoholverbotes während des Niefenstreiks dürfe auch nicht unterschätzt werden. Der Branntwein- und Biergenuß sei ja auf ein Minimum gesunken. Wenn der verminderte Alkoholgenuß vielleicht auch nicht an sich in der kurzen Zeit einen so großen Einfluß auf die Förderung der Gesundheit während des Niefenstreiks gehabt habe, wie diese mein, so sei doch schon der verminderte Aufenthalt in den oft schlecht gelüfteten Kneipräumen nützlich gewesen.

Nachdem im Laufe der letzten Wochen die Verhandlungen zwischen den beiden kämpfenden Parteien zu Ende geführt waren, hatten die Vergleichsbeamten den Auftrag, einen detaillierten Vermittlungsvorschlag auszuarbeiten. Dieser ist nun auch am Sonnabend Abend bereits den beiden Parteien unterbreitet worden; enthält aber für die Arbeiterschaft unannehmliche Bedingungen. Eine Vorstands-Konferenz der Gewerkschaften, die am Sonntag und Montag in Stockholm tagte, hat bezüglich der ursprünglichen Konflikte drei Punkte in den Vorschlägen der Vergleichsbeamten abgelehnt.

Außerdem hatten die Vergleichsbeamten einen Auftrag von der Regierung, ein Verhandlungsreglement für künftige Konflikte zwischen den beiden Hauptorganisationen der Arbeiter und der Unternehmer auszuarbeiten und, wenn möglich, zur Annahme zu bringen.

Der Entwurf zu einem solchen Verhandlungsreglement haben die Vergleichsbeamten nur zu gleicher Zeit den beiden Parteien unterbreitet. Der Entwurf entspricht jedoch lediglich den Intentionen der Unternehmer und konnte die Vorstände-Konferenz der Gewerkschaften auch diesem Entwurfe nicht zustimmen. Die Gewerkschaften halten als absolute Bedingung des Friedens in der Forderung fest, daß durch jene Verhandlungsordnung die Selbstständigkeit der Arbeiterorganisation in keiner Weise angetastet wird.

Wie wir schon früher gemeldet haben, ist also kaum anzunehmen, daß die künftigen Verhandlungen den Schluß des Kampfes herbeiführen werden; es ist vielmehr damit zu rechnen, daß der Kampf noch auf Wochen hinaus fortauern wird.

# Politische Uebersicht.

## Das Pressenwahlrecht und die Parteien.

Die Blochpolitik, von der die Nationalliberalen die mächtigste Förderung ihrer Absichten erwarteten, weil sie dazu beitragen sollten, nach Ausschaltung des Zentrums zwischen Freisinn und Konservativen zu vermitteln, ist zerfallen. Und der Führer der Freisinnigen, Herr von Helldorf, auf dessen Unterstützung die Nationalliberalen zeitweilig hoffen zu dürfen glaubten, rechnet ihnen jetzt im „Tag“ mit grausamer Mißgunst vor, wieviel ihnen von ihren Plänen noch geblieben ist. Herr von Helldorf hält das Bemühen der Nationalliberalen, zu einer allgemeinen Neueinteilung der Wahlkreise zu gelangen, für „ganz zwecklos“, denn nur 109 von den 443 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses (Nationalliberale, Freisinnige, Sozialdemokraten und Polen) würden für die Neueinteilung stimmen. Eine Dreiviertelmehrheit ist dagegen. Auch durch die Auflösung des Hauses könne die Minderheit von 109 Mann nicht zur Mehrheit werden. Das ist ebenso einleuchtend, wie es klar ist, daß der freisinnige Führer von den nationalliberalen Plänen nichts mehr wissen will. Als schlaues politischer Geschäftsmann schlägt er sich auf die Seite des Schwächeren, nämlich des schwarzen Bloch, der freilich nur so lange stark ist, als ihm die schlaue Taktik der Nationalliberalen dies ermöglicht.

Durch den schwarzen Bloch des preussischen Landtages geht ein tiefer Riß. Während die Konservativen und Freisinnigen offene fanatische Feinde des Reichstagswahlrechts für Preußen sind, hat sich das Zentrum programmatisch auf dieses festgelegt. Weng Zentrum und Konservativen trotzdem in Preußen gemeinsam gegen die Nationalliberalen vorgehen können, so verbänden sie das ausschließlich dem Umstande, daß die Nationalliberalen zwar die Neueinteilung der Wahlkreise fordern, aber die Gleichheit des Wahlrechts ablehnen. Heute kann das Zentrum so argumentieren:

„Für das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist im preussischen Abgeordnetenhause keine Mehrheit zu bekommen, da wir mit den Freisinnigen und den Sozialdemokraten die Mehrheit bilden, die Nationalliberalen aber das gleiche Wahlrecht ablehnen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als an Stelle des Dreiklassen-Wahlrechts ein anderes ungleiches Wahlrecht zu setzen, und zu dem Zweck, ein solches Wahlrecht zu schaffen, verbänden wir uns mit den Konservativen; denn das Wahlrecht, das auf diese Weise zustandekommt wird, wird unseren Interessen besser Rechnung tragen und auch nicht ungerechter, ja sogar gerechter sein, als das nationalliberale Pluralwahlrecht.“

Würden die Nationalliberalen klug und kräftig genug sein, eine Schwärzung zu vollziehen, würden sie fortan mit einer Entschiedenheit, die an ihrem Geist keinen Zweifel läßt, für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eintreten, so würde das für die Zentrumspolitik die Katastrophe bedeuten. Das Zentrum, das selbst das gleiche Wahlrecht zu fordern vorgibt, würde heute, nach den Erschütterungen der Finanzreform, weniger denn je imstande sein, sich einer von der gesamten Masse getragenen, auf die Einführung des gleichen Wahlrechts gerichteten Bewegung entgegenzukommen; es würde vom Strom mitgerissen oder zerstückelt werden.

### Der Kaiserstreik.

Immer noch steht der wahrhaft Vaterländische wie der brave Mayer im Sinne von Wilhelm Daß sinnt da über den Abschied des seligen Hofkanzlers und er fragt: „Warum ihm dieses, und wieso es ihm geschieht?“ Da kommt ihm von Jhehoe an der Stirn die Erscheinung. In dieser heilsteintischen Metropole erscheint nämlich eine Zeitung, die den Titel Jhehoe Nachrichten trägt. Und das Blatt von Jhehoe hat auf den Grund des Brunnens

geschaut, in dem die Wahrheit haust. Es erzählt davon, was folgt:

„Die langen Monate, in denen der Kaiser im Schmalen Kessel saß, in denen er gewissermaßen streifte, haben den Feinden des Kaisers das Recht, anzunehmen, daß Herr Bülow, der doch nicht in dauerndem Konflikt mit seinem Herrscher leben konnte, nach der Finanzreform gehen würde. Das nahm auch der Kaiser zeitweise selber an. Als der Kaiser allmählich seiner ersten Heile, die er nach langer Ruhe wieder unternahm, und allmählich seiner Geburtagstagsfeier wahrnahm, daß sein Verhältnis zum Volk durch die Reise keinesfalls gestört war, ja, daß Herr Bülow es im Gegenteil verstanden hatte, es so einzurichten, daß neues frisches Leben aus den Kammern seiner Dynastie erblühte, sah er die Handlungswelt des Kaisers auch wieder in freundlichem Lichte an. Die Erzählungen Konterwaller über die spätesten Beziehungen des Kaisers über den Kaiser stammen also aus der Zeit vor diesem Stimmungswechsel des Kaisers. Es ist aber bezeichnend, daß mit diesen Worten die Feinde des Kaisers über seinen Ratgeber nur hinter den Kulissen gearbeitet worden ist; in der Öffentlichkeit ist nichts gebrungen. Nur vom Konterwaller, dem Erbe dieser Stimmungen und Vermutungen, wurde ein Schwere Wort bekannt. Dieses bezeichnend demeritete Wort des allerdings jugendlichen Erzählers über Bülow (Nun geht der Seiltänzer ja bald in tauschlich gefallen...“

Der Kaiser respektiert zwar die „Völkerverträge“, er ist, wie gesagt, auch dem Kaiser gerecht geworden, aber er lebt nach wie vor der Ueberzeugung, daß er im großen und ganzen auf dem rechten Wege gefahren sei. Diese Ueberzeugung des Kaisers erleichtert naturgemäß den Konservativen die Möglichkeit, die Stellung des Kaisers bei ihren wartenden Fraktionsgenossen als gefährdet hinzustellen.“

Die Presse des Erzherzogs erkennt, wie gesagt, diese Volkswirtschaft an. Danach hätte also Wilhelm II., als der Novembersturm des Jahres 1908 durchs Märkerland fegte, nicht nur verdrösst im Edmühlwinkel gefesselt, sondern auch gelbeucht gestreift. Dieser Streik war, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ konstatieren, durchaus erfolgreich, „denn“, so erklären sie, „den größten Vorteil hat kein anderer gehabt, wie der Kaiser selbst.“

Die „Kreuzzeitung“ müht sich in einem langen Artikel ab, das Vorgehen der Konservativen gegen den Fürsten Bülow als einen Akt der Notwehr hinzustellen. Das Junkerblatt meint, nachdem die Konservativen von der liberalen Presse fortwährend der Ministerfärserei bezichtigt worden sind, sei eine Klarstellung des Sachverhaltes und zwar ohne jede Rücksicht, direkt notwendig geworden. Man konnte der konservativen Presse nicht zumuten, aus Gründen der Disziplin zu schweigen, wenn die Führer der Konservativen fortwährend als Ministerstürzer benannt würden. Darum mußte festgestellt werden, daß die Konservativen längst mit dem Rücktritt des Fürsten Bülow sofort nach Erledigung der Finanzreform — gleichgültig ob mit oder ohne Nachschsteuer — gerechnet hätten, daß also Rücksichten auf seine Person bei dem ganzen Verhalten der Konservativen nicht in Frage gekommen sein können.

In der letzten Erklärung des Fürsten Bülow, daß man das Odium nicht auf die Krone wälzen möge, bemerkt die „Kreuzzeitung“ ziemlich boshaft: „Niemand wird der Krone einen Vorwurf daraus machen können, wenn ein verantwortlicher Ratgeber den Erwartungen nicht mehr entspricht, die für seine Ernennung bestimmend waren.“ Wenn ihr politisches Interesse in Frage kommt, dann spielen die Konservativen mit der „Krone“ wie Jakobiner.

### Der Rüstungswahnsinn in amtlicher Beleuchtung.

In dem letzten Hefte der „Deutschen Revue“ veröffentlicht der nationalliberale Landtagsabgeordnete Legationsrat a. D. vom Rath Erinnerungen an Herrn v. Holstein, die nichts Geringeres beweisen, als daß der langjährige Leiter der deutschen auswärtigen Politik im letzten Ende mit der sozialdemokratischen Kritik am Flottenrüstungswahnsinn vollständig übereinstimmte. Der Abgeordnete vom Rath, der in den letzten Jahren mit Herrn v. Holstein intim verkehrte, weist nach, daß die Ansichten des Herrn v. Holstein, der unter Bülow der eigentliche Leiter

der auswärtigen deutschen Politik war, den Wahnsinn des vom Flottenverein verbreiteten Rüstungsfiebers gerade so klar erkannte und im Herzen ebenso scharf verurteilte, wie das nur in der sozialdemokratischen Presse zu geschehen ist. Herr vom Rath erzählt, daß der deutsche Flottenbau Herr von Holstein während seiner letzten Jahre mehr als alles andere beschäftigt hat. Welch ungeheure Bedeutung dieser langjährige Leiter der deutschen Auswärtigen Politik der abenteuerlichen Flottenpolitik beimah, geht aus einer Briefstelle hervor, die Herr vom Rath mitteilt. Diese Briefstelle, stammt vom 2. Februar 1907 und lautet: „Die Flottenfrage ist die Hauptsache, alle anderen Fragen sind daneben minderwertig.“ Wie das gemeint war, beweist folgende Stelle einer Aufzeichnung vom Dezember 1907:

„In Deutschland grassiert das Flottenfieber. Diese gefährliche Krankheit wird durch die unzureichende Furcht vor einem englischen Angriff genährt. Die Wirkung des Flottenfiebers ist in dreifacher Richtung eine verberberliche: In der inneren Politik durch die Treibereien des Flottenvereins, die auch die große Versammlung in Süddeutschland hervorgerufen. In der Finanzwirtschaft durch die unerschwinglichen Ausgaben. In der auswärtigen Politik durch das Mißtrauen, das diese Rüstung erweckt. England erblickt nicht eine Drohung, durch die es dauernd an die Seite Frankreichs gestellt wird. Dabei ist es gänzlich ungeschicklich, auch bei höchster Steueranspannung eine Flotte zu bauen, die den Vereinigten von England und Frankreich gemachsen wäre...“

Auch unter den Parlamentariern verurteilen manche das Flottenfieber, aber niemand will die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, Schiffe abzulehnen. ... Ja, es kommt vor allem darauf an, die Unangefügtheit des perfiden Satzes klarzumachen: Jedes Schiff mehr ist eine Vermehrung der Macht des Deutschen Reiches, wenn jedes Schiff mehr der Anlaß ist, daß — von Frankreich nicht zu reden — England zwei Schiffe mehr baut. Wie stellt sich da die Vermehrung der deutschen Macht? Einfaches Rechenexempel! Wenn ich vermute, die Absicht haben, das Publikum auf die Prosodie hinzuweisen, ist das eine patriotische Tat.“

Herr v. Holstein hat mit seiner Ansicht nicht durchzubringen vermocht. Man weiß ja, daß ihm nicht nur das leidenschaftliche Interesse Wilhelms II. für die unausgesetzte Verstärkung der deutschen Marine entgegenstand, sondern auch die materiellen Interessen der im Flottenverein und in gewissen einflussreichen Parteien ausschlaggebenden Panzerplattenpatronen. Es ist aber interessant, daß es gerade ein nationalliberaler Abgeordneter ist, der durch Belegstellen aus Briefen des langjährigen Leiters der deutschen auswärtigen Politik nachweist, wie sehr man in Regierungskreisen von der Richtigkeit der sozialdemokratischen Kritik an dem Rüstungswahnsinn durchbringen war!

Die Liberalen „Daily News“, ein der englischen Regierung nahestehendes Blatt, schließen einen Artikel über die Einschränkung der Rüstungslasten in Deutschland und England mit folgenden Worten:

Wir haben Grund zu glauben, daß unsere Regierung die deutsche Admiralität zur Annahme eines freundschaftlichen Versprechens aufgefordert hat, wonach die Schiffe zuerst in beiden Ländern der gegenseitigen Beschäftigung offen stehen sollen. Der öffentliche Verdacht geheimer Vorbereitungen und Ueberbückelung würde dadurch vermieden werden. Wenn dem so ist, so würde dies jedenfalls ein Anfang sein, und kann man dann nicht sagen, daß die Initiative von uns kommt?

Wenn heute die englische Regierung mit neuen freundschaftlichen Vorschlägen an die deutsche Regierung herantritt, so kann sie der offenen Sympathie der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes gewiß sein. Würde die deutsche Regierung gegen den Willen dieser ungeheuren Mehrheit des Volkes, ja wider ihr eigenes besseres Wissen und Gewissen den Engländern abermals die Türe vor der Nase zuschlagen, so würde sie damit eine weltgeschichtliche Schuld auf sich laden, die für die Bureaokratenschultern des Herrn von Bethmann-Hollweg viel zu schwer ist.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister bestätigt. Bekanntlich haben die deutsche Regierung und die ihnen untergeordneten Behörden nach dem Entlastungsummel des „nationalen“ Bürgerturns bei der Bestätigung des sozialdemokratischen Beigeordneten

# Victoria.

Namen von Anna Karisshy.

(Nachdruck verboten.)

„Mama! Ich es so die Studien gegeben“, sagte Willi stolz und stolz, „und für jeden Posten wären hundert Bewerber da.“

„Aber trotzdem glaubt jeder Vater, er muß seinen Ruben mit die Unterwelt schicken“, sagte der Pecher.

„Das war aber das Sattler zu viel.“

„Ich ist der meinsten vielleicht sollen zum Handwerker gehen? Da hat ich ihn doch lieber gleich erschlagen. Das ist doch ein Handwerker heutzutage“, antwortete, als ein Hungerleider, und es ein Sattler. — „Sollt' vielleicht noch ein dritter sein im Ort wohnen und zusehen, wie ein Krone nach dem anderen ihm vor der Nase dahinführt, und zusehen, wie der Handwerker hier sich in Gärten und Parks verweilt, so daß ich selbst nicht mehr die Augen gar nirgends mehr zu sehen ist? Nein, ich darf dafür, dafür war mir mein Sohn zu gut. Der soll's einmal besser haben als sein Vater, und der hat auch, Gott sei Dank, den Kopf behaut.“

„Ja, das ist wahr“, bestätigte die Mutter, die sich nun ebenfalls unter der Tür zeigte. Der Rubi, der hat schon alles ausgelesen, was es nur zu lernen gibt. Freilich, er hat auch eine gute Sache gelernt. Die Hände anders, wenn wir den nicht hätten haben lassen, was —“

„Was nicht so hübsch über Sachen, die Du nicht verstehst“, herrschte sie der Mutter an. „Nicht rent es nicht. So ein Talent, das muß seinen Weg machen, und es kann auch einmal Mitleid werden.“

„Da wird er freilich auch eine harte Konkurrenz zu bestehen haben“, scherzte der Pecher, der sein loses Maul nicht halten konnte.

„Es gibt Ueberproduktion auch an Ministern“, schimpfte Paul. „In diesem Augenblick trat der Brißträger heran und übergab den Pecher einen Brief, der mit der letzten Post gekommen war.“

„Er behält das Amt. „Von meinem Sohn“, sagt er stolz. „Ich, von Rubi!“ rief Willi erfreut.

„Was schreibt er denn?“ fragte die Mutter. „Wahrscheinlich hat er die Professur schon in der Tasche“, versetzte nicht ohne Hochheit der junge Arbeiter. „Sollt' wahrscheinlich sogar“, erwiderte der Sattler mit Besorgnis. „Wenn Abgang einer unternimmt, so wird er es sein“, sprach er und ging, seinen Brief in der Hand, zu dem Pecher zurück, ohne die beiden auch nur einen Blick zu werfen.“

Der Pecher schloß und sein Freund grüßten die Frauen, der erstere mußte noch einmal der Mutter die Hand drücken, der Mutter ein Wort zurufen, dann gingen sie über die Brücke nach dem jenseitigen Ufer ihrer Behausung entgegen.

Eine Stunde später kam Frau Brandhofer und Willi nach dem Garten heraus. Ihre Stimmung war eine durchaus veränderte, und sie sahen beide recht trübselig aus. Die erstere fuhr mit ihrem Schürzengipfel immer wieder über die tropfenden Augen.

Mutter und Tochter trugen ein Zeitgestell, das sie vom Hausboden geholt, und das sie nun am Fluße waschen wollten. „Wann er nur nicht gar so rabiat wäre“, sagte die Mutter, „aber alles bringt ihn so furchtbar auf.“

„Und wir erdulden immer das Beste davon, nun ja, wir sind gleich bei der Hand“, grüßte Willi.

„Nun gib acht, dem Rubi bleibt auch nichts erspart, wenn der morgen bei uns eintrifft.“

„Ich wäre nicht gekommen“, rief das junge Mädchen stolz und entschlossen, „ich nicht.“

„Was hätte er denn tun sollen, der arme Kerl?“ fragte die Mutter, indem sie die schichte Nase schnäuzte.

„Jesus, was hier Mensch in den vielen Jahren zusammengeführt hat, und die schweren Prüfungen alle! Dann hat er ein Job, suppliert, ohne Gehalt, und jetzt, wo er einmal angeheut werden sollte, kriegt den Posten ein anderer.“

„Er kann Danken geben.“

„Ja, Sommer ist's aus damit. Die Familien verlassen wir, was sollt' er da anfangen? Das junge Mädchen schwieg einen Augenblick, dann fuhr es heftiger noch heraus: „Ueber hat ich in Wien die Strafen gelebt, als daß ich dem Vater wieder auf den Hals gekommen wäre.“

„Hi!“ machte die Mutter, „drei das nicht so herum, der Guber ist drüben.“

„Leut, und die da drüben glauben ohnedies ein Recht zu haben, sich uns gleich zu stellen.“

Frau Brandhofer nickte; ja, ja, es ist wahr, die armen Leute zeigen jetzt so wenig Respekt vor unser einem, und besonders jetzt es bekannt ist, daß wir so tief in Schulden stehen. Und die Reichen schauen uns seitdem ganz über die Köpfe an, die Malherbestherin zum Beispiel.“

„Daß gut sein“, Mutter“, rief das Mädchen mit aufblühenden Wangen, „sobald nur der Rubi erst Professor geworden ist, dann werden wir uns auch auf die Unwürdigen stellen.“

Sie hatte ihr Bechtel an das Statet gelehnt, das den Hof vom Garten trennte, und die Mutter tat das gleiche.

Willi schob hierauf ihren Arm in den der Mutter und flüsterle: „Jetzt gehen wir hoch hinunter und sehen uns ein wenig auf die Bank am Wasser. Herr Guber soll nicht glauben, daß wir uns vor ihm geschrämt hätten.“

Langsam schlenderten sie unter den großen Akazienbäumen dahin, dem Wasser entgegen.

Am anderen Ufer stand eine Gruppe von Häuschen. Paul Guber bewohnte das eine derselben in Gemeinschaft mit der Familie seines Schwagers. Ein weiter Rasenplatz breitete sich vor demselben aus, der von spielenden Kindern belebt war. Seiwärts, und bis ans Wasser reichend, befand sich ein kleines von einer natürlichen Hede umfriebenes Gäßchen, in dem hohe Sonnenblumen, blauer Kittersporn und rote Geranien blühten. Paul war nach dem Tode seiner Frau mit seinem Sohn hierhergezogen, da seine Schwester Therese verprochen hatte, Mutterstelle an dem kleinen Wurm zu vertreten. Sie hatte damit zu ihren eigenen fünf Kindern noch ein sechstes bekommen. Ihr Mann war Spinner und verdiente, als einer der bestbezahlten Arbeiter, acht Gulden die Woche. Diese Summe mußte aber für den Unterhalt einer so großen Familie nicht ausreichen, und so war es als ein Glücksfall anzusehen, daß der Bruder zum gemeinschaftlichen Hausbau sich herbeigelassen. Sie machte jetzt nur sorgsam darüber, daß sie dieser Wohlthat nicht wieder verlustig ging und bekämpfte daher die Absicht des Bruders, ein Mädchen zur Ueberwachung des Kleinen ins Haus zu nehmen, mit aller Entschiedenheit. Therese war ein solches Weib, tüchtig und verständig, soweit sich dies mit gänzlicher Unbildung verträgt. Sie mußte hübsch gewesen sein, jetzt waren in dem verwitterten, von Sorgen gefurchten Gesichte nur mehr Spuren davon übrig, obwohl sie erst 36 Jahre zählte. Ihre Ausdrucksweise war eine herrliche und ungeschlachte, und ein durch das Glend großgezogener Egoismus verdrängte alle anderen Empfindungen. Sie hantierte in der Küche, trat aber häufig an die geöffnete Tür derselben, um ihrem nächsten eine Putschweisung zuzuschicken.

(Fortsetzung folgt.)

Widerstand nicht wieder einen Sozialdemokraten als kommunalen Verwaltungsbekannt. In Aßhelm, einem Ort an der sogenannten Mainstraße, wurde im März d. J. der Gastwirt Gabel zum Bürgermeister gewählt. Vom Kreislant Großherzog wurde Gabel nicht bestätigt, weil in seiner Wirtschaft die sozialdemokratische Partei ihren Sitz habe und die Gewerkschaften dort verkehren, ferner weil G. eingeschriebenes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins sei. Der Nichtbestätigte wandte sich beschwerdeführend an den Provinzialausschuss. Nach langem Warten wurde endlich dahin entschieden, daß der Beschwerde stattzugeben sei. Die Entscheidung des Kreisamtes wurde als unecht erklärt, aufgehoben, Gabel ist rechtmäßiger Bürgermeister.

**Einig, sich nicht zu einigen.** Und wieder einmal die drei freisinnigen Parteien. Das ist das Ergebnis der Biermännerkonferenz, die am Sonntag in München an historischer Stätte, nämlich in der Wohnung des Abgeordneten Müller-Reinigen stattfand. Eine engere Fühlungnahme ist zwar eine politische Notwendigkeit, aber eine sofortige Überhäufung und unorbentete Zusammenkunft wäre inopportun, ja sogar für den Bestand der zukünftigen freisinnigen Einheitspartei gefährlich. Das Schicksal des Freisinnigen wird beinahe schon so tragisch wie jenes des berühmten Marchese in Heines "Äber von Lucia".

Der Hoffnung Schaumgebäude bricht zusammen. Wir mühen uns, ach! und kommen nicht zusammen. Interessant ist dabei auch, daß die "engere Fühlungnahme" auch auf die nationalliberale Partei ausgedehnt werden soll, von der der Freier v. Heyl aber erst auf dem besessenen Parteitag der Nationalliberalen so höflich erzählt hat, welche Rolle die Ausschichtspolitik bei ihr spielt. Aber darin liegt ja gerade das einzige Moment.

**Der Bund der Landwirte für den Freisinn.** Bei der bevorstehenden Reichstagswahl in Halle a. S. werden die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie in voller Geschlossenheit gegenüberstehen. Nachdem die Konservativen sich bereits für die freisinnige Kandidatur erklärt haben, hat nunmehr auch der Bund der Landwirte und die Mittelstandsvereinigungen beschlossen, mit aller Energie für den Freisinnigen zu arbeiten, um einen Sieg der Sozialdemokraten zu verhindern.

**Nationalliberale und Reichsfinanzreform.** In Köln sprach am Sonntag in einer nationalliberalen Versammlung der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann-Dresden über die Reichsfinanzreform. Er gab dabei der Überzeugung Ausdruck, daß die erwarteten 500 Millionen bei weitem nicht einkommen würden. Die Volksempörung über die neuen Steuern sei bei den jüngsten Nachwahlen über die Nationalliberalen hinweg zur Sozialdemokratie gegangen. Im Verlauf seiner Ausführungen tat Herr Stresemann die melancholische Bemerkung: "Wir sind die Besten der Gegenwart und wissen nicht, was uns die Zukunft bringt."

In der Diskussion sagte ein Nationalliberal den Herrschaften die Wahrheit.

**Bethmann-Hollwegs Romfahrt.** Der Reichsminister wird sich in den nächsten Wochen nach Rom begeben, um dem König von Italien seine Aufwartung zu machen. Gleichzeitig geht die Reichsregierung auch dem Papst einen Besuch abzustatten; in liberalen Kreisen nimmt man an, daß in diesem Besuchsbesuch eine Konzession an das Zentrum zu erblicken sei.

**Keine Versplitterung.** Der Bundesausschuß der nationalliberalen Partei Sachsens hat eine Resolution beschlossen, die die Aufstellung liberaler Konkurrenzkandidaturen bei den nächsten Landtagswahlen behauptet und die Erwartung ausspricht, daß eine weitere liberale Stimmerspaltung vermieden wird. Die Einigungsvorschläge mit der freisinnigen Volkspartei wurden als gescheitert betrachtet. Die Nationalliberalen besetzten bisher 63 Wahlkreise mit Kandidaturen.

**Vom Bierkrieg.** Der Bierkrieg ist in Dortmund in eine neue Phase getreten. Die Brauereien haben mehreren an den großen industriellen Werken gelegenen Wirten die Lieferung des Bieres eingestellt, weil die Wirte zu den alten Preisen verkaufen. Der Genuß alkoholischer Getränke ist in den Wirtschaften hierdurch gestiegen. Die Wirte haben die Schilder der Brauereien entfernt und dafür Schilder alkoholfreier Getränke angebracht.

**Die Duzenburger schänden auch die Hündholzsteuer.** Es wird berichtet, daß die Duzenburger Abgeordnetenversammlung eine dem deutschen Gesetz über Hündwaren- und Beleuchtungssteuer entsprechende Regierungsvorlage mit 20 gegen 18 Stimmen angenommen hat.

**Die Herrschaft der Gruben-Magnaten.** Zur Gemeinderatswahl in Marlen bei Dortmund wurde im Herbst 1907 von der sozialdemokratischen Partei ein Flugblatt herausgegeben, in dem der zu zwei Dritteln aus Beamten der Selenitgruben Bergwerks-Aktiengesellschaft bestehenden Gemeinderatswahl der Vorwurf der Klügelwirtschaft gemacht wurde. Der Vorwurf wurde wegen Unzuständigkeit des Gerichts und mangelnder Legitimation der Kläger sieben Mal verurteilt. In der umfangreichen Beweisführung vor der Dortmund-Strassengericht wurde festgestellt, daß die Mehrheit der Gemeinderatswahl, die von der Selenitgruben Bergwerks-Aktiengesellschaft abhängig ist, die Kopfsteuer, die diese Gesellschaft zu zahlen hat, von 27 auf 17 Mk. herabsetzen wollte, sobald die Gemeinde einen Steuerertrag von 30.000 Mk. gehabt haben würde. Selbst in der Urteilsbegründung wurde anerkannt, daß diese Absicht wohl nur infolge der unternommenen Gegenstände nicht zur Ausführung gelangt ist. Ferner wurde durch die Beweisführung festgestellt, daß die Wasserversorgung in den Straßen, in denen die Arbeiter wohnen, sehr zu wünschen übrig lasse. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß gegen die Forderung, die die Mehrheit in der Gemeinderatswahl habe, nicht viel zu machen sei; wenn die Forderung nicht bezahlet zu werden, dann könne die Gemeinde nichts tun. Trotzdem erfolgte die Verurteilung des für das Flugblatt verantwortlichen Genossen zu 30 Mk. Strafe.

**Gerichtsverfassungsgesetz und Strafprozeßänderung.** Zu den Vorlagen, die durch den Schluß des Reichstages erledigt geblieben sind, gehören bekanntlich auch die Entwurfsänderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes der neuen Strafprozeßänderung und eines Einführungsgesetzes zu beiden Gesetzen. Der Bundesrat wird diese Entwurfsänderungen in unänderlicher Form wieder vorlegen, obwohl sie vom Reichstag in Moskau und vom Reichstag in Nürnberg zum Teil abgelehnt worden sind. Wie der "V.-A." von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, besteht im Bundesrat keine Meinung, aber die in dem Entwurf gezogenen Grenzlinien hinauszugehen, insbesondere wird die Forderung der Zurückziehung von Laien auch in der Verfassungsreform als gang und gäbe angesehen.

**Um eine Raufenkette geschlagen.** Um den Wahlkreis-Siegen-Biedenkopf kämpften auch heftigste der Nationalliberale Bogel und der Christlich-Soziale Ramm. Bei der Wahlwahl im Januar blieb Bogel Sieger. Aber Ramm denkt gar nicht daran, das Rennen aufzugeben. Als er hörte, daß der Reichstagsabgeordnete in Biedenkopf (Kreis Biedenkopf) sich eine Raufenkette anschaffen will, da listete er flugs 20 Mark zu diesem Zweck. Doch siehe da! — Vogel konnte es noch besser. Er spendierte 30 Mark. Armer Ramm! Nun hat er sich 20 Mark losgerafft, und erscheint beinahe noch als schuldig, weil er einen so kapitalistischen Konkurrenten hat. Ja, ja, es ist nicht billig, Reichstagskandidat zu sein.

**Eine Totenfeier.** Für den im September 1907 von dem Gendarmereiamtmeister Jude in der Nähe von Stolpe bei Berlin erschossenen Genossen Adolf Herrmann wurde am Sonntag auf dem Friedhof in Hohen-Neuendorf ein Gedenkstein enthüllt. Es hatten sich etwa 3000 Personen eingefunden. Der Feier voran ging eine Gedenkversammlung in Stolpe, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen die ganze Angelegenheit ausführlich behandelte. Er teilte u. a. mit, daß alle Versuche, den Gendarmereiamtmeister Jude für die Tat verantwortlich zu machen, gescheitert seien, denn weder die Disziplinaruntersuchung noch das Strafverfahren habe einen befriedigenden Erfolg erzielt. Auch eine Schadenersatzklage der Hinterbliebenen sei abgewiesen worden. In geschlossenem Zuge erfolgte dann der Marsch nach dem nahegelegenen Kirchhof in Hohen-

Neuendorf, wobei die Massen am Grabe des Erschossenen vorbeizustanden. Ein starkes Aufgebot von Gendarmen und Sicherheitsbeamten war selbstverständlich ebenfalls zur Stelle. Auf dem Grabe wurde eine große Zahl von Kranzen mit roten Schleifen und Widmungen der sozialdemokratischen Wahlvereine, der Gewerkschaften und des Arbeiter-Ratfahrbundes niedergelegt.

**Material für die nächste Reichstagsession.** An den Denkschriften, Nachweisungen, Uebersichten usw., die dem Reichstage in der nächsten Tagung vorgelegt werden sollen, wird jetzt schon in den verschiedenen Reichstagskommissionen gearbeitet. Es kommt dabei zunächst die Denkschrift über die Ausführung der Auleihengesetze in Betracht. Sie hat insbesondere eine besondere Bedeutung, als nach dem Stande, den sie von der Schuldensumme angibt, die Schuldenentlastung des Reiches für 1910 vorgenommen werden muß. Von 1911 ab soll die Schuldenentlastung auf Grund der Anordnungen des neuesten Finanzgesetzes erfolgen, wenn überhaupt an Schulden bezahlt zu werden ist. In das gleiche Gebiet gehört der Bericht der Reichsschuldenverwaltung für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr. Er wird u. a. über den Stand des Invalidentfonds Angaben enthalten. Recht umfangreich sollen sich auch diesmal wieder die kolonialen Denkschriften gestalten. Sie wollen über die Entwicklung der einzelnen Schutzgebiete Auskunft geben und wären — wenn sie nicht eine abschließende Schlußfolgerung darstellen, der fast jeder wissenschaftliche Wert fehlt, deshalb für die kolonialpolitiker ebenso interessant wie notwendig. Das Reichsverwaltungsamt ist gegenwärtig damit beschäftigt, das eingeleitete Material über die Rechnungsergebnisse der Berufsangehörigen und der Invalidentenverpflichtungen zu verarbeiten. Es wird wieder mit zwei Nachweisungen über die letzten abgeschlossenen Jahre an den Bundesrat und Reichstag herangetragen und damit wesentliche Unterlagen für die Beurteilung der Ausgestaltung der deutschen Arbeiterversicherung liefern. Die inzwischen ergangenen Verfügungen des Bundesrats über den Arbeiterkutsch stellt das Reichsamt des Innern für den Reichstag zusammen. Uebersichten über das Seeresergänzungsgeschäft, über die Arbeiterverhältnisse in den Militärwerkstätten und Werften, über die Anwesenheit u. a. werden in den zuständigen Ressorts vorbereitet. Schließlich dürfte diesmal auch eine und die andere Anordnung, die sich auf Grund der neuen Steuergesetze nötig erweist oder erwiesen hat, dem Reichstage zur Kenntnisnahme vorgelegt werden, so die Anordnung des Bundesrats über die Unterfügung der Berwerdung von Brantweinmärkten. Auch der Reichsminister hat von Vorarbeiten für den Reichstag wieder recht umfangreich sein.

**Staatlicher Terrorismus.** Die Postverwaltung hat den Telegraphenarbeiter Hermann Wallentin entlassen und zwar handelt es sich hier um eine Maßregelung ganz trasser Art. Der Entlassene war Vorsitzender des Bundes der Telegraphenarbeiter und wurde von seinem Vorgesetzten mehrfach aufgefordert, auf die Redaktion des Bundesorgans, dessen Schreibweise der Verwaltung nicht gefiel, einen Druck auszuüben. Dies soll er nicht getan haben; ferner hat er sich geweigert, eine Professeurversammlung der Telegraphenarbeiter unzulässig zu machen, und deshalb wird ihm der Staat auf die Straße — Herr Staatssekretär hätte dürfte Veranlassung bekommen, sich im Reichstage recht eingehend über diesen Fall von staatlichem Terrorismus zu äußern.

**Der Sohn der Arbeitervertreter.** Der Zufall läßt uns einen Blick tun in die vor der Öffentlichkeit angelegentlich behaupteten Haltungen über die Mitgliederbewegung des Christlichen Tabakarbeiterverbandes in Westfalen. Danach betrug die Zahl der Mitglieder dieses Verbandes in Westfalen am 1. April 1907 in 48 Hauptstellen 2679, während es am 1. April 1909 in 82 Hauptstellen nur noch 1601 Mitglieder waren. Das sind 16 Hauptstellen und 1078 Mitglieder in zwei Jahren weniger oder ein Rückgang von über 40 Prozent. Diesen Rückgang geben die Christlichen selbst in ihrem Geschäftsbericht an. Der Verrat im Schnapsbrot wird ihr Schicksal weiter befehlen und auch der wortgewandte Dr. Fleischer wird es nicht aufhalten.

**Weidmanns Heil!** Auch in Kleinigkeiten ist der Kaiser ein echter Weidmann, heißt es in einer Note, die zuerst durch die Provinzpresse geht und die Vorbereitungen zur Romantener Jagd des deutschen Kaisers schildert. Die Fischeisse — so wird berichtet — werden schon lange vor Anbruch des kaiserlichen Jagdheeres abgehakt, damit nicht die fadenben Nette die Röhre des Jägers vertragen. Die Strafen sind für die Automobilen des Kaisers gewahrt worden, und die Dedungen und Schirme sind in jeder Beziehung in Ordnung gebracht. Auch die Wildkugeln, von denen der Kaiser die Fischeisse beabsichtigt kann, um die Exemplare mit den schönsten Kronen auszuwählen, sind in Ordnung gebracht. Die Wildkugeln sind sehr hoch gelegt, um die Witterung des Jägers durch das Wild unanfällig zu machen.

Wäre es nicht einfacher und zweckdienlicher, die Fischeisse kurzweg zu chloroformieren?

**Wegen Verleumdung** wurde am Montag, den 27. September, Genosse Bander von der "Volkstimme" in Frankfurt a. M. zu 600 Mark Strafe verurteilt, weil die Strafkammer in einer Note in der Nummer vom 23. April eine Verleumdung des Amtsgerichtsrats Seibert von Offenbach erblickte.

**Der Reaktor des Bochumer polnischen Staates** "Wia us Polska" ist verhaftet worden. Wie die "Mhein-Westf. Ztg." berichtet, schreibt gegen ihn ein Strafverfahren wegen öffentlicher Aufreizung.

## Russland

### Aus dem russischen Wahlkampf.

Je mehr der Wahlkampf in Petersburg fortschreitet, desto deutlicher tritt es hervor, daß die russische Verfassungsfrage in den Mittelpunkt der Wahlkampagne getreten ist. Dadurch gewinnt dieser Kampf ein hervorragendes politisches Interesse für die gesamte Öffentlichkeit. Und gerade der Umstand, daß dieser Kampf zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten, zwischen den diplomatisierenden Schichten des Liberalismus und den Vertretern des revolutionären Kampfes gegen den Absolutismus ausgefochten wird, verleiht ihm die prinzipielle Wichtigkeit und die, die allein imstande sind, die unter dem liechten Druke der Reaktionen stöhnenden Massen aufzurütteln.

Der Führer der Kadettenpartei, Prof. Miljukoff, verfuhr vor einigen Tagen auf einer großen Wählerversammlung, die durch seine regierungsfremdlichen Erklärungen in London hervorgerufenen allgemeinen Entrüstung mit dem Hinweis zu den wichtigsten, daß die offiziellen Vertreter Russlands bei dieser Gelegenheit zum ersten Male die russische Konstitution anerkannt. "Was bedeutet das?" rief er pathetisch aus. "Das bedeutet, daß ich in diesem Augenblick bereit bin, von dieser Kränkelung zu erklären, daß die Selbstherrlichkeit in Russland nicht mehr existiert, daß die Macht des russischen Zaren befristet ist." — Herr Vorstehender, ich bitte dem Redner das Wort zu entziehen", unterbrach ihn hier der anwesende Polizeikommissar, und löste, als der Versammlungsleiter gegen sein Verfahren protestierte, kurzherab die Versammlung auf. "Das ist die Antwort auf Ihre Worte", erwiderte Stimmlos aus der Zuschauerhaft. "Das ist der Kampf um die Konstitution!" entgegnete Herr Miljukoff, mit der Unerschrockenheit des Politikers, der hinter stöhnenden Massen seine Niederlage verbirgt. Bergweil versucht das Belagern Miljukoffs, die Zeitung "Nescha", die aus der Situation herauszuweisen. Die Gegner der Lomoner Deklaration B. Miljukoffs — schreibt es — werden die Macht einen neuen Anlauf hierin setzen, um trüben zu werden. Wir entgegen ihnen vorläufig: Gemach! Die "Nescha" haben die Polizeibeamten in Petersburg noch keine offizielle Kenntnis von der russischen Konstitution. Aber die russischen Diplomaten in Paris und London besitzen sie schon allem Anscheine nach. Das ist es ja eben! Eine Konstitu-

tion zu deklarieren zwecklos, eine Konstitution zur Tümpelung der öffentlichen Meinung nutzlos. Das hat Russland allerdings, und Herr Miljukoff hat selbst alles Bemühen umgesehen, um im Bunde mit den Kadetten und unter gültiger Aufsicht der Vorparlamentarier, Kowalew u. Co. die europäischen Kadetten des Zaren irre zu führen und die Geschicke der russischen Konstitution Russlands in Bombardement zu verdammen. Aber im Innern Russlands herrscht — wie die "Nescha" sich bemüht hat offizios zu erklären — die Selbstherrlichkeit des Zaren nach wie vor unbeschränkt fort. Die Verfassung, die das Volk mittels des revolutionären Generalstreiks im Oktober 1905 dem alten Regime entriß, ist durch den Verrat der Bourgeoisie zu einer leeren Form ohne konkreten Inhalt geworden. Nur die Kadetten klammern sich noch an diese Form, denn sie haben weder die Kraft noch den Willen, eine Basis für ihre Existenz in den Volksmassen zu suchen. Eine Vermittlerpartei vorzuziehen, scheuen sie sich nicht, die Position der Selbstherrlichkeit de facto zu stärken und ihr neue Waffen in die Hand zu geben, wenn nur das Wort erhalten bleibt, mit dem sie die Massen an ihre Fahne fesseln. Diese Taktik des zweifachen Betruges, dieses Labieren zwischen der Schula der Reaktion und der Charnobbis der Revolution, hat jetzt einen tödlichen Erfolg erhalten. Selbst in Kreisen der Wähler, die bisher treu zu der Kadettenpartei standen, macht sich in immer stärkerem Maße das Bedürfnis geltend, an die Stelle der politischen Heuchelei und Zweideutigkeit eine offene konsequente Politik zu setzen. Nicht ein Verleikern der Gegenstände, nicht ein diplomatisierendes Herumtügen um die brennendsten Fragen der Zeit, sondern eine offene Konstatierung dessen, was ist — das ist die Wahlpforte. Die Sozialdemokraten können diesen Umschwung nur begrüßen. Wie sie bisher für die Revolutionierung der Masse tätig gewesen sind, werden sie auch jetzt durch ihre Propaganda die Situation klären, das offene Wort an Stelle der Heuchelei setzen und durch ihren fortgesetzten Kampf gegen die Feste der Reaktion das leere Wort, das die Kadetten anbieten, mit neuem revolutionären Inhalt erfüllen.

Kennzeichnend für die Verhältnisse ist auch die Verhandlung im Herzogstein-Prozess. Der liberale Führer Herzogstein ist in Hinblick auf Anordnung des Verbandes achtungsvoller Leute, der vom Zaren potentiellen Verbrechen, ermordet worden. Jetzt hat die finnische Behörde den Prozess gegen den Chef der Kadetten, den Präsidenten des Verbandes, Dubrowin ein, eröffnet. Aber Dubrowin erschies nicht. Trotz einer Entscheidung des Ministerpräsidenten, daß ein Rufte auf die Ladung eines finnländischen Gerichts sich zu stellen habe, bleibt er ruhig in Valia, ganz nahe bei dem kaiserlichen Schloss in der Krönung, wo jetzt, wohlwacht, der Zar verbleibt. Und seine Vertreter am finnischen Gericht gestalten sich Abbeile. Sogar zum Revolver hat einer schon gegriffen, als er aus dem Gerichtssaal hinausgeschafft werden sollte. Die feigen Palanten wissen, was sie sich unter dem allerhöchsten Schutz ihres kaiserlichen Ehrenmitglieds erlauben dürfen.

**Eine neue Garnitur Spielbuben.** Große Mißbräuche bei den Stellungsbewerben auf der Kwantunhalbinsel sind aufgedeckt worden. Durch sie sollen die entsetzlichen Mißbräuche des letzten Jahres hervorgerufen worden sein. Das ganze Heer von russischen Armeekorps in der Ostsee soll zur Verantwortung gezogen werden, an ihrer Spitze der Chef des Ingenieurkorps, General Wallenstein. Die Untersuchungskommission unter General Graf Dobrinski hat lange gearbeitet, um das umfangreiche Belastungsmaterial zusammenzustellen. Alle bisher vorgekommenen Mißbräuche in Russland sollen gegen die Ungeheuerlichkeit des Falles verlaufen.

**Spanier und Rabalen.** Die spanischen Truppen nahmen am Sonnabend nach leichtem Feuergefecht und einem Kavallerieangriff die Position Tanina, die südlich von Mar Tica am linken Ufer des Ued Seluan und nahe dessen Mündung liegt. Die Verluste der Spanier waren angeblich gering, die des Feindes bedeutend. Die wichtige Position Tanina wurde verläßt und wird künftigen Operationen zur Basis dienen. — Aus Melilla wird amtlich gemeldet: Die Spanier haben Rabador und die umliegenden Anhöhen besetzt. Zahlreiche Mauren haben sich unterworfen und 60 Gewehre ausgeliefert. — Bei Alhucemas wiesen die Spanier wiederholte Angriffe der Mauren unter großen Verlusten für die letzteren zurück.

Wie nachträglich berichtet wird, bildet Rabador nur noch einen Trümmerhaufen; die ganze Stadt ist niedergebrannt. Die Einnahme erfolgte ohne große Verluste, dank einer Zurhilfe des Generals Droza, welcher die Marokkaner vermuten ließ, daß er sich nach Seluan begeben, dann aber plötzlich eine Schwertung nach Rabador machte und alsbald die dortigen Stellungnahmen einnehmen konnte. Die Mehrheit der Marokkaner hat sich nach Seluan zurückgezogen. Die Zahl der bei Rabador verbliebenen spanischen Truppen beläuft sich auf 20.000 Mann. Der Vormarsch gegen Seluan steht bevor. Dort ist augenblicklich der Kern der marokkanischen Streitkräfte konzentriert.

**Gegen die spanischen Grausamkeiten** veröffentlicht das Pariser Komitee der sozialen Verteidigung einen Aufruf "an die Menschen von Herz aller Parteien und Klassen." Unter Zurückweisung der amtlichen Äußerung heißt es da: "Weise, Frauen, Kinder, eingekerkert und mißhandelt, ohne selbst den Verdacht eines Vergehens, werden sich an die Öffentlichkeit. Gegen den edlen Francisco Ferrer, den Erneuerer des weltlichen Unterrichts in Spanien, bereitet man den ungerechtesten Prozess mit den gefährlichsten Mordanschlägen vor. Polizei und Mächte haben ihm offen den Unterfang geschworen. Tausende wackerer Leute, unschuldig wie er oder nur schuldig der Auflehnung gegen einen infamen Krieg, bevolken die Gefängnisse von Barcelona. Man schafft Männer und Frauen, gegen die nicht einmal eine Beschuldigung vorliegt, nach den entlegensten Orten und verlangt, daß sie selbst für ihren Unterhalt aufkommen, läßt sie aber nicht aus dem Hause gehen, um Arbeit zu suchen. Selbst der russische Jargonismus geht nicht so weit. Arbeiter sitzen im Gefängnis, weil sie Vertreter zu gewerkschaftlichen Konferenzen, mehrere Wochen vor dem Ausbruch der Unruhen, geschickt haben. Mehr als hunderttausend Opfer hingerichtet, gefangen, verächtlich oder vertrieben, das ist zur Stunde die Bilanz der Unterdrückung der Regierung des König Alfons. Und diese Unterdrückung geht weiter, scharf und unerbittlich."

**Eine Einbierreise nach Indien** hat Ramsay MacDonald und der Sekretär der Arbeiterpartei des Parlamentes, angekreuzt. Er hat erklärt, daß er nicht zu Agitationszwecken reise, sondern, um die indischen Verhältnisse, die immer reifere Fragen an die englische Volksvertretung stellen, näher kennen zu lernen. Seine Frau, die ihn begleitet, will namentlich die Lage der indischen weiblichen Bevölkerung, die beinahe eine besonders traurige ist, studieren.

**Keine Kundgebungen.** In der Sitzung des Reichstagsausschusses der ungarischen Reformpartei wurde mitgeteilt, der Präsident des Abgeordnetenhauses, Julló, werde beantragen, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses bis 6. Oktober abzumachen zu vertragen. Die Entscheidung über die Kadettenkrise wird bis zu diesem Zeitpunkt erwartet.

In Triest kam es zwischen der Bevölkerung und der Polizei zu heftigen Konflikten, bei denen 21 Beschäftigte verzwungen wurden. 30 Mitglieder der italienischen Arbeiterpartei waren gefangen und nach Padua mit einem Trübsamper am Militärtransport in Triest ein. Die Polizei verbot die Demonstration, ihnen einen festlichen Empfang zu bereiten, über die Mole ab und bedrohte die Menge überall umher. Die Demonstranten pflanzten und veranstalteten einen großen Umzug, wobei Schüsse auf Italien abgefeuert wurden.

Durch Unglücksfall verstarb am 23. September unser  
Verbandskollege, der Brauer  
**Karl Kreuchler**  
im Alter von 60 Jahren 3 Monaten. Sein humaner, blöderer  
Charakter sichert ihm ein dauerndes Andenken.  
Seine Verbandskoll. d. Brauerei Hopf & Görcke.  
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Trinitatisfriedhofes in Gräbchen. Wagen stehen  
am Trauerhause Gräbchenstr. 113, zur Verfügung.

Am 23. September morgens verstarb infolge Unglücksfalles,  
unser trauernde Verbandsmitglied, der Brauer  
**Karl Kreuchler**  
im Alter von 60 Jahren 3 Monaten. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Mitglieder des Zentral-Verbandes der  
Brauereiarbeiter (Zahlstelle Breslau).  
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des St. Trinitatisfriedhofes in Gräbchen statt.

Am 23. d. Mts. abends 11 Uhr, entschlief sanft nach  
schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, Tochter, Schwieger-  
tochter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Anna Haude geb. Schubert**  
im blühenden Alter von 28 Jahren 4 Monaten.  
Die zeigt schmerz erfüllt an  
Der tieftrauernde Gatte Reinhold Haude  
nebst Angehörigen.  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, vom Trauer-  
hause, Friedrich-Wilhelmstrasse 65, nach dem neuen Maria-  
Magdalenen-Friedhof, Lohestr. 22.

Am 23. d. Mts. verschied nach langem Leiden die Frau  
unseres Kollegen Reinhold Haude,  
**Anna Haude**  
im blühenden Alter von 28 Jahren 4 Monaten.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr stets bewahren  
Die freigeorganierten Holzarbeiter  
der Waggonfabrik Gebr. Hoffmann.  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, nach dem neuen  
Maria-Magdalenen-Friedhof, Lohestr. 22.

Am 23. d. Mts. entschlief nach schweren Leiden unser  
Verbandskollege, der Maurer  
**Gustav Scharfenberg**  
im 33. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Der Zentral-Verband der Maurer, Zweigverein Breslau.  
Beerdigung: Mittwoch, vorm. 8 Uhr, vom Allerheiligen-  
Hospital aus nach Oswitz.

Am 23. d. Mts. nachmittags  
4 1/2 Uhr. verstarb nach langem,  
schwerem Leiden mein lieber  
Mann, unser guter, treusorgender  
Vater, Sohn, Bruder u. Schwager  
**Gustav Scharfenberg**  
im 33. Lebensjahre. 4313  
Dies zeigt schmerz erfüllt an  
Die tieftrauernd. Hinterblieb.  
Beerdigung: Mittwoch, vorm.  
mittags 8 Uhr, vom Allerheilig-  
Hospital aus nach Oswitz.

**Stadt-Theater.**  
Dienstag, 7 1/2 Uhr.  
„Der Jünger“.  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr.  
„Der liegende Holländer“.  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr.  
„Hilda“.  
Freitag, 7 Uhr.  
„Der Jünger“.  
Samstag, 7 1/2 Uhr.  
„Zauberkünstler“.

**Lobe-Theater.**  
Dienstag, 7 1/2 Uhr.  
„Ein Walzertraum“.  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr.  
„Der fidele Bauer“.  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr.  
„Montese Witz“.  
„Diebel“.  
Freitag, 7 1/2 Uhr.  
„Der fidele Bauer“.  
Samstag, 7 1/2 Uhr.  
„Im Ritzschel“.

**Volks-Vorstellungen  
im Thalia-Theater.**  
Dienstag,  
Gruppe B. 3. Kapelung.  
„Hofenschnitz“.  
Sonderabend heute von 10—12 Uhr  
im Saal des Stadt-Theaters nach  
an der Abendseite.

**Schauspielhaus**  
Dienstag, 8 Uhr.  
„Der Weichhändler“.  
Mittwoch und Donnerstag, 8 Uhr.  
„Die Scherker“.  
Freitag, 8 Uhr.  
„Der Weichhändler“.  
Samstag, 8 Uhr.  
„Die Scherker“.

**Liebig's Etablissement.**  
Heinrich Prang  
mit seinem neuesten Schlager  
„Sein Rendez-vous“  
ausgeben Hedi Herdina und das  
Kritische September-Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Viktoria-Theater.**  
Luppu-Trio  
am Blauen Lager.  
Grete Gallus.  
Robert Noemann  
mit dem letzten vorzügliche  
Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonst wochentags gültig.

**Zeltgarten**  
Dir.: H. Krainisch.  
Täglich  
Künstler-Vorstellung  
Entrée 20 Pfg.

**Palmengarten**  
Gartenstraße 65  
Dir. H. Krainisch.  
2 vorzügliche  
Kapellen.  
Entrée frei für  
Stierische bis 10 Uhr 15 Pfg.  
9 PL Reformier 9 PL

**Loop. Prager's  
Tanz-Schule.**  
Oblaterstraße 58, 1. Etage.  
Für gut und viel. — Montag, den  
23. Sept., Beginn der Herbst-  
Anschlüsse. — Einzelunterricht  
zu jeder Zeit privat u. ungenet. [1226]

**Violinunterricht** monatlich  
5 Mark !!  
A. Paschke, 20, III, Schreiner, [1471]

**Zurückgeführt**  
**Dr. H. Horz.**  
Geld auf Pfänder.  
Dehant Hof, Trebnitzstr. 5.  
**Volksbräu 9 Pf.**  
weißbierartig, alkoholfrei  
Ein jung. Zigarrenmacher  
kann sich bald melden, (Winkel vorhanden) bei  
Eberhard Ross, Zigarrenfabrik  
Rudolfstr. 451P  
Voll- u. Tabak-Station Wierdorf (Schl.)

1 gebr. Nähmaschine für 25 Mark  
zu verk. bei  
Weig. St. Großengasse 23, I. 4517

**Möbel**

Gute Waren spottbillig  
auf  
**Abzahlung**  
Anzüge  
Ueberzieher,  
Kinderwagen  
Anzahlung  
Nebensache  
**Max Biermann**  
52 Ring 52, 1. Etg.  
neben der Stadtkasse.  
Filiale:  
Sachsenburg i. Schl.  
Ruch nach auswärts.

**Kufeké**  
-Kinder-  
nahrung  
Kranken-  
kost.  
Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedeihen  
vorzüglich dabei  
u. leiden nicht an  
Verdauungsstörung.

**Spiritus  
kostet 55 Pfg. Lit.**  
infolge der neuen Steuer ab 1 Oktober mehr. Viel Geld wird verdient, wenn jetzt  
der Einkauf in **Rum, Cognac** geteilt wird.  
In untern beiden Geschäften.  
Ring 12, Blücherplatz. Ring 12, Höfchenstraße 62

1 Lit. m. Gl.	ML.	Originalfl.	ML.
Pomeranze	1.20	Stonsdorfer	1.00
Rosenlikör	1.20	Alpenkräuter	1.10
Jäger	1.20	Kalb & Kalb	1.10
Pfefferminz	1.20	Crème d'orange	1.50
Dr. Meyer	1.20	Cherry Brandy	2.00
Getreide-Kümmel	1.20	Danz. Goldwasser	2.00
Vanille	1.20	Crème d. Curaçao	2.00
Bergamotte	1.20	Kurf. Magen	2.00

Auf Rum und Cognac, bekannt durch Billigkeit und Reellität,  
weisen wir besonders hin.  
**Herzberg & Comp.**

Eine gut nähende Singer-Maschine  
für 21 Mark  
bei Rosenfeld, Neumarkt Nr. 1.  
Bankbuch d. Bildung Bank  
— 5 ohne Zabel statt 50  
für 12 Mt. und viele and.  
wie folgt 4518  
Orte Dresden, Altbühnen, Altbühnen-  
straße 27. Cegn. I. 1. 1885. Tel. 10332.

**Gummi-Waren**  
Sämtliche Systeme  
**Spül-Spritzen**  
A. Kindler, Breslau,  
Junkerstr. 55

**Damen-Filzhüte**  
billig direkt in der Fabrik  
**Freund & Krebs**  
Neue Graubenerstraße 11, Hof.  
Filzhüte werden modernisiert. [4406]

**Globus  
Putzextrakt**  
ist **beste** der  
**sparsamste**  
und  
deshalb  
**billigste**  
Metall-  
Putz  
der  
Welt

**Original-Phönix-  
Nähmaschinen**  
für Gewerbe u. Hausbedarf sind die  
besten der Gegenwart, zum An-  
kauf besonders geeignet. — Außer-  
dem empfehlen wir alle anderen  
Systeme, auch in Spezialmaschinen.  
**Jul. Dressler & Co.**  
Breslau, Ring 6.  
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Aus  
**deutschen Strafkammern**  
in 6 Episoden von Rocheflamme.  
Herabgesetzter Preis  
— 40 Pf. —

Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Zweimal konfisziert gewesen.  
In Russland und Ungarn verboten.

**Ssanin.**

Sitten-Roman  
aus den Tagen der russischen Revolution.  
Von M. Arzbaschew.  
Vollständige Ausgabe. — Uebersetzt von L. Wiebeck.  
In zwei Monaten 30000 Exemplare verkauft!  
Dieser Roman — ein Kunstwerk — hat überall das  
größte Aufsehen erregt, schildert er doch zum Teil eine  
Zeit, die besonders für die kämpfenden Proletarier von  
großem Interesse ist. — Bei einem Umfang von 430 Seiten  
kostet das Buch  
nur Mk. 1.50  
nach auswärts Mk. 1.80.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“  
und die Kelposterei.

Soeben erschienen:

**Los von der Kirche.**

Eine durch drei Ordnungsrufe und  
Wortentziehung unterbrochene, aber  
im Feenpalast zu Berlin vollendete  
Landtagsrede von Adolph Hoffmann.  
Preis 20 Pfenninge.

Buchhandlung „Volkswacht“

Soeben erschienen!

**Das persönliche Regiment**  
:: vor dem deutschen Reichstag. ::  
Preis 25 Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht“.

**Darwin**  
6 Aufsätze  
von  
Wilhelm Bötsche  
Bruno Wille  
Eduard David  
Max Appel  
Karl Penzig  
Friedr. Naumann.  
Preis 1 Mk.

**Im Fluge**  
habt euch die  
Beliebtheit der  
sparsamen Hausfrau  
die beiden allgemein er-  
gefahrenen  
Van den Bergh'schen  
Margarine-Marken  
**Vitello** und **Clever-Stolz**  
errangen und zwar wegen ihres ausgesprochenen Butter-  
geschmacks, des köstlichen Aromas und nicht zum wenigsten  
wegen der bei ihrer Verwendung ermöglichten grossen Ersparnis.  
Ersichtlich in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften

Mittwoch, den 20. September 1900.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. September.

### Geschichtskalender.

20. September.

- 1816 Der Maler Andreas Achenbach.
- 1870 Erste Nummer des „Sozialdemokrat“ erscheint in Zürich.
- 1902 Emilie Holsa f.
- 1907 Mosteler, der rote Postmeister, f.

### Herbstes Anfang.

Ein merkwürdiges Schmelzen ruht über der Natur. Die Sommerstube hat in aller Stille Abschied genommen, der Herbst hat begonnen. Der leuchtende Sonnenglanz liegt nicht mehr über den Feldern. Das freundliche Grün, das dort an den Abhängen hinaufsteigt, ist um einen Ton fahler geworden. Wo sind die leuchtenden Blütenbüschel der Wucherblumen, wo ist der Schmelz der goldenen Ranunkeln? Wo ist das hohe Wiesengras, das blumengesprenkelte Kleid der Matten? Es ist dahin. Du siehst keine Sense mehr blinken im Anger, vernimmst nicht mehr den Wechselgesang der heimkehrenden Schnitter, und hinter dem letzten Erntewagen hat sich längst das Tor der Scheune geschlossen. Die zurückgebliebene niedrige Kornblume schaut sich umsonst nach ihrer farbenprangenden Schwester, der roten Mohntulpe. Nur der niedrige, bescheidene Venuspiegel duckt sich mit eitschen Blüten hinter den Furchen und das kluge Rührkraut leistet ihm treulich Gesellschaft. Noch wenige Tage, und die Sommerreise ist hinfällig; dann sagt es: „Mein Tagewert ist nun eine gute Nacht, Schwester!“ Ganz anders denkt sich der dünne zähe Vogelindierich. Der hat jetzt Platz, sich breit zu machen. Erst wenn ihm der alte Winter eine volle Ladung auf den verkrümmten Rücken gibt, dann jenseit auch er: „Meine Zeit ist aus.“

Der eile Hohljahn überhebt sich wohlgefällig über die dünnen Stoppeln des Ackerfeldes. Er denkt nicht daran, daß über Nacht ein strenger Reif seinem Dasein ein jähes Ende machen kann. Der traute kleine Ackerhörnchen bleibt noch vertraut mit dem einen offenen Auglein zum Himmelblau des klaren Herbsttages empor, wie ein dankbares Kind zum Antlitz der Mutter. Alle sind noch wach, bis schwacher Reif auch ihnen die Augenlider schließt — dann, wenn jener die Höhen überwältigende Laubwald in lodender Feuerluft aufersticht und wozu die alte Grenzhecke am Morgen mit Silberweihen, die Spinnweben eingesponnen ist. Jetzt schäfern noch jugendliche Wipfelbäumchen mit den Beschwängern ihrer Früchte schelmisch verdeckt hinter dem Heckenzaun hervor, und eine alte gebeugte Vogelfeige reizt die Vorfrucht zu immer neuen Angriffen auf ihre korallen Schätze. Seiner Nachbarin, der rundbebaugten Korbkassie, geht es nicht besser. Die stets zu Streichen aufgelegten bösen Waben ruhen nicht, bis die letzte der igelstacheligen Früchte auf der harten Straße aneinandergeplatzt ist. Ein später Krautfaun hält noch einen Schirm seiner leuchtend gelben Blüten über das kleine, die Luft mit Wohlgeruch erfüllende Thymianpflänzchen empor, während der Spindelstrauch mit seinen rotorangenen Schließblättern den durchsichtigen Schutzraum vor dem Walde bezieht.

Auch der Horn, den sonst kein Mensch beachtet, hat heute schon sein rotes Feströckchen hervorgeholt. Bald kimmert es mit dem eiteln Birkenrauten um die Wette. Nur die Tannen stehen ernst und schweigender denn je. Selten bewegt sich im Lufthauch einer ihrer abenteuerlichen Schuppenzäpfen hoch oben an den Wipfelästen, wo die behärdeten Eiskugeln ihre Winterverdränge einbringen. Die alte, bärtige Schirmtanne steht Posten an der Vorhut des dunkeln Fortes. Sie träumt und summt. Sie sah dem Bauer von ihrem hohen Standorte zu, wie er im Schwäze seine Ernte einbrachte; sie sieht ihm heute zu, wie er das Saat Korn vertrauens in die frisch umgebrochene Krume streut. Sie kennt das junge Grün der sprossenden Saat; sie kennt auch dräuende Gewitterwolken, die oft schon die ganze Hoffnung des

Landmanns mit einem Schlage vernichteten. So ist sie groß und grau geworden, die alte Tanne, der die Gut des Waldes anvertraut ist, und in ihrem Schalten spielen die Kinder von denen, die sie selbst noch als jugendfrohe Kinder gesehen. Sie steht still, die alte Tanne, und summt und horcht, daß sie ihrem Nachbar Wald ein Zeichen geben kann, wenn der wilde Winter Sturm sein Lied zu spielen anhebt. Dann fliegen ihre grauen Haare in Angst und Sorge, und dann winkt sie: „Er kommt, er kommt!“

### Warst Du im letzten Jahlabend?

Hast Du schon ein neues Mitglied für den Sozialdemokratischen Verein und einen neuen Leser der „Volkswacht“ gewonnen, wie Du versprachst?

### Bist heut noch nicht?

Aber wir können doch nur vorwärtskommen, wenn alle Genossen fleißig sind. Willst Du hiervon eine Ausnahme machen?

### „Korn“ und „Nordhäuser“.

Das am 1. Oktober in Kraft tretende neue Branntwein-Steuergesetz und die Bestimmungen des neuen Weingesetzes über den Handel mit Cognac werden neben der unvermeidlichen Preis-erhöhung für Spirituosen auch noch bedauerliche Umwälzungen in der Namensgebung der Spirituosen im Gefolge haben. Die einschneidendste Wirkung der neuen Gesetze für das Publikum wird die sein, daß es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, in Gastwirtschaften und Restaurationen für 10 Pf. einen „kleinen Stogant“ und für 20 Pf. einen „Großen“ zu bekommen. § 18 des neuen Weingesetzes bestimmt, daß ein Branntwein, der weniger als 10 Prozent Weindestillat enthält, nicht mehr „Kognat-Weischnit“ genannt oder sonst mit einem Namen versehen werden darf, der an Kognat erinnert. Die billigen Kognatmarken, die bisher für 10 Pf. abgegeben wurden, enthalten nicht den vom Gesetz vorgeschriebenen Prozentsatz des Weindestillats. Andererseits ist aber der Konsum in diesen billigen Marken weit größer als der des echten Kognats und die Wirte und Destillateure können ohne das erwähnte beliebte Getränk nicht auskommen. Die Aufgabe, für den billigen Kognat einen populären Namen zu finden, hat nun der Verband der Wirtschaftskontrollanten und Branntweininteressenten in der Weise zu lösen versucht, daß er beim Patentamt den Namen „Korn“ als Bezeichnung für Branntwein angemeldet hat, der Weindestillat enthält, aber nicht den Bestimmungen des Gesetzes für Kognatweischnit entspricht. Nach dem 1. Oktober werden alle Mitglieder des Verbandes den Namen „Korn“ einführen.

Auch das Branntweinsteuergesetz macht eine Änderung der Schnapsbezeichnungen erforderlich. Nach dem neuen Gesetz darf die Bezeichnung „Kornbranntwein“ nur noch für Spirituosen angewendet werden, die einen Gehalt von mindestens 10 Prozent Weindestillat enthalten. „Nordhäuser Korn“, „Sächsisches Korn“ und die übrigen „Korn“-Arten enthalten aber sämtlich Kartoffelspirit. Künftig muß also für diese Schnaps die Bezeichnung „Korn“ fortfallen.

Daraus ergeben unsere Leser übrigens, wie sehr sie bisher begünstigt worden sind. Sie glaubten „Korn“ zu trinken und bekamen saumäßigen Kartoffelsusel vorgesetzt.

Und das wird auch künftig so sein, wenn sie einen „Breslauer“ oder „Krautler“ oder „Wünschelburger“ verlangen. Also: Kleber nicht!

\* Das Beerdigungswesen in Breslau weist zahlreiche Mängel auf, die hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, daß es in den Händen der Kirchengemeinden liegt. Seit einem Jahre haben wir nun in Ostwig einen Friedhof in städtischer Verwaltung, wo sich alle Personen ohne Unterschied des Bekenntnisses beerdigen lassen können. Aber auch dort ist man vor der Kirche und ihrem Einfluß nicht ganz sicher. Stirbt nämlich ein Katholik oder Protestant und wird er von seinen Angehörigen auf dem städtischen Friedhofe beerdigt, so kommt die Kirche und verlangt trotzdem ihren Tribut. Die Leiche muß losgelassen werden. Man sollte es nicht für möglich halten, daß so etwas heute noch möglich ist, doch ist es in der Tat so.

Als vor einigen Monaten unsere Genossen Gustav Junggebauer in Ostwig begraben werden sollte, verlangte die Kirche nicht weniger als 20 Mark Bestattungsgeld; und da der Mann nicht zahlen konnte, mußte die Genossin auf dem Friedhofe der Kirche beerdigt werden. Für nichts fordern die Frommen nach ihrer Gebührenordnung eine „Entlassungsgebühr“, die in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Wie über diese Geschäftsübung sich fleißig einsetzende Männer der Kirche denken, das zeigen uns folgende Zeilen, die Pastor Seydorn an der Verinhardtkirche jüngst in seinem Blatte „Leben im Licht“ geschrieben hat:

„Eine kirchliche Maßnahme, die an Unglaublichkeit nicht hinter der eben erwähnten zurücksteht, ist ebenfalls in Berlin und in manchen anderen Kirchengemeinden im Schwange; das ist das sogenannte Auskaufen der Bestattung von Leichen. Stirbt zum Beispiel in der X-Gemeinde ein Mann, den seine Witwe auf dem Friedhof der Y-Gemeinde bestattet haben möchte, weil dort alle ihre Lieben liegen, so sagt die Kirchliche der X-Gemeinde: der Mann hätte, wenn er, wie es sein müßte, auf unserem Kirchhof beerdigt würde, uns ja und ja viel Verdienst eingebracht; da uns Meier uns zurechtent Verdienst entgegen wird, so gestatten wir die Bestattung auf dem Y-Friedhofe nur, wenn uns eine Auskauf-Gebühr von so und so viel Mark bezahlt wird. Punktum.“

Ja, es ist wirklich unglaublich, was sich die Kirche alles herausnimmt. Und das schlimmste dabei ist, daß sie in Breslau darin noch vom Magistrat unterstützt wird, wie folgender Fall beweist. Vor einigen Tagen starb eine Müllerersfrau, die der altlutherischen Gemeinde angehörte. Als der Mann im Magistratsbureau IX, Altkirchplatz 14, die Beerdigung auf dem städtischen Friedhofe in Ostwig bestellte, meinte der Beamte, es müsse erst eine Auseinandersetzung mit der Kirche vorangehen. Der Witwer erwiderte mit Recht, daß er das nicht nötig habe. Wenn die Kirche Ansprüche an ihn habe, möge sie selber an ihn herantreten. Der Beamte erwiderte, er könne nur nach seiner Vorschrift gehen. Schließlich sprach er telephonisch mit dem Geistlichen der altlutherischen Gemeinde und erhielt die Antwort, daß die Kirche auf die Leiche verzichte. Wie großmütig!

Wir fragen, ist es wirklich nötig, die Kirchengemeinden anzufordern, ob sie die Leichen freigeben? Nach unserer Meinung ist das gar nicht Aufgabe und Pflicht des Magistrats. Wenn die Kirche schon ihre unberechtigten Forderungen an den toten Menschen nicht freiwillig aufgeben will, ist es sicher nicht Sache der städtischen Behörden, ihr zu Gebühren zu verhelfen, für die sie nicht das Geringste leistet. Hoffentlich können wir bald berichten, daß die kirchlichen Anmaßungen nicht mehr vom Magistrat unterstützt werden.

## Aus aller Welt.

**Coolidge verhinderte Beweisführung.** Die Entdeckung des Nordpols durch Peary und Cook nimmt allmählich den Charakter einer Humoreske an. Alle Welt wartet auf die Riste mit den Dokumenten von Cook, die der Jäger Whittney von Coolidge erhalten und nun bald in Amerika eintreffen sollten. Statt ihrer kommt ein Telegramm mit der Nachricht, daß Whittney diese wichtigen Beweisstücke unter einem Felsen in Clay zurücklassen mußte, weil Peary nicht dorthin wollte, daß er ein Cook gehöriges Stück an Bord des „Roosevelt“ kam.

So wird also eine neue Expedition in die Polargegend unternommen werden müssen, um Beweise für die Polentdeckung zu finden. Inzwischen muß außer Cooks Bericht das Zeugnis Whittneys genügen, der Coolidge auf der Rückfahrt mit seinen beiden Eskimos traf und von ihm die Polentdeckung mit allen Einzelheiten erzählen hörte. Er mußte ihm aber verschweigen, Peary davon nichts zu sagen. Alle diese Eiferstücken und geschäftlichen Evidenzstücke in einer wissenschaftlichen Frage sind für den europäischen Geschmack etwas zu amerikanisch.

**Eine amerikanische Jubelfeier.** Vor dreihundert Jahren fuhr als erster, von dem die Geschichte bestimmte Kenntnis hat, der holländische Seefahrer „Salve Maen“ (Halbmond) mit dem bekannten Seefahrer und Entdecker Hudson in den bedeutendsten Strom des heutigen Staates New York ein. Dieses historische Ereignis wird von der nordamerikanischen Republik mit besonderen Festlichkeiten begangen. Sie hat zu diesem Zweck die Großmacht der Welt zu einer Friedenskonvention — natürlich mit Kriegsschiffen — eingeladen. Die herrschende Stadt New York gibt außerdem noch riesige Feste nach echt amerikanischer Art. Am Sonnabend wurde die Hudson-Fulton-Feier in New York, wie angekündigt worden war, mit einer großen Flottenparade eröffnet. Auf der breiten Wasserfläche des Hudson-Flusses lag eine stützliche Flotte von Kriegsschiffen: 64 amerikanische, 4 deutsche, 3 französische, 5 englische, 3 österreichisch-ungarische, 2 italienische, je 1 holländisches, argentinisches, mexikanisches und kubanisches. Bei herrlichem Wetter holten Torpedoboote die im unteren Hafen liegenden Nachbildungen des „Salve Maen“, des Seglers, auf dem Hudson vor 300 Jahren die Entdeckung des Hudsonflusses unternahm, und der „Clermont“, des holländischen Dampfschiffes, das vor hundert Jahren seine erste Fahrt machte, feierlich ein. Beide Fahrzeuge fuhrten an der Flotte vorbei, von jedem Kriegsschiff mit Salut empfangen, und wurden dann von der Stadt entgegengenommen.

**Der „Salve Maen“, ein Geschenk Hollands, kollidierte auf der Vorbeifahrt mit der „Clermont“, wodurch beide Schiffe leicht beschädigt wurden. An der nun folgenden Flottenparade nahmen sämtliche Kriegsschiffe und gegen hundert Kaufschiffe teil. Ueber zwei Millionen Menschen wohnten dem glänzenden Schauspiel bei. Am Abend waren alle Kriegsschiffe und anderen Fahrzeuge illuminiert, während die Stadt in einem Lichtmeer erstrahlte. Gleichzeitig mit Beginn der Feierlichkeiten in New York erfolgte im Metropolitan-Museum die Eröffnung einer Hudson-Fulton-Ausstellung von holländischen und amerikanischen Kunstwerken. Die offiziellen Feierlichkeiten dauern bis zum 3. Oktober und umfassen die verschiedenartigsten festlichen Veranstaltungen.**

**Die Katastrophe der „Republique“.** Die Ursache des schrecklichen Unglücks, das am Sonnabend Vormittag das französische Militär-Luftschiff „La Republique“ betraf, liegt jetzt fest: eine Schraube, die sich löste, wurde in die Patronenbühse geschleudert und zerriß diese. — Präsident Fallières und Ministerpräsident Briand haben den Angehörigen der Opfer ihr Beileid ausgesprochen. Ministerpräsident Briand traf Sonnabend Nachmittag in Moulin ein, besichtigte die Unfallstätte und begab sich alsdann in das Krankenhaus, um den Opfern der Katastrophe, an deren Bahre Offiziere und Unteroffiziere die Totenwache halten, den letzten Gruß zu erwidern. Er wird auf dem Sarge des Hauptmanns Marchal das Offizierskreuz und auf denen der anderen Verunglückten das Ritterkreuz der Ehrenlegion überlegen lassen. Das Leichenbegängnis wird in Versailles veranstaltet werden.

Die Trümmer des Lenkbalkens sind von Soldaten gesammelt und nach Moulin gebracht worden. Der Schraubenflügel, der die Beschädigung des Ballons verursachte, ist 100 Meter von der Unfallstätte entfernt aufgefunden worden. Ein Ingenieuroffizier, der den Schraubenflügel untersuchte, erklärt, die Annahme, im Metall sei eine brüchige Stelle gewesen, müsse fallen gelassen werden. Die Bruchstelle zeigt keinerlei Spuren einer solchen. Von Feuer habe man keine Spur gefunden und die Annahme einer Explosion sei ausgeschlossen, ebenso der Gedanke an eine verdrähterische Tat.

Die französische Presse beschäftigt sich in langen Artikeln mit der Beerdigung der „Republique“. „Republique“ bezieht die Teilnahme der Welt, besonders aber Deutschlands, an der Katastrophe des Ballons „Republique“ als ein Zeichen einer nahenden neuen Weltauffassung, einer Solidarität der Menschheit, die sich schöpferisch und über nationale Grenzen hinaus ein neues Gebiet, die Luft, als sicheres Bestimmung erobert. An der Seite des Deutschen Kaiserthums liegen die vier Franzosen der „Republique“ als Opfer für die kommende Zeit.

**Anfall des Bozen-Münchener Schnellzuges.** Der Früh-Schnellzug Bozen-München ist, wie ein Telegramm aus Franzensbrunn meldet, bei Klausen von einem großen Felsensturz überfahren worden. Einige Wagen wurden demoliert, ein bester Wagen fast zertrümmert. Die Passagiere konnten gerettet werden.

**Ein ungetreuer Stadtschreiber.** Schon seit einiger Zeit wurde in der Stadt das Gerücht verbreitet, der verstorbene Stadtschreiber Springer habe ein größeres Defizit in der Stadtkasse hinterlassen. Nachdem der Bürgermeister vom Urlaub zurückgekehrt war, verlangte er von unserem Parteigenossen „Leibniz“ in Erfurt die Aufnahme einer Verlichtung, in der das wiedergegebene Stadtgerücht entkräftet wurde, in der regelrecht revidierten Stadtkasse sei kein Manco entdeckt worden.

In der Stadtvorordnetenversammlung am Freitag mußte aber zugegeben werden, daß die von dem Stadtschreiber vermalte Friedholtskasse seit 1899 nicht revidiert worden sei und seit 1901 keine Belege mehr vorhanden seien. Nur einige Belegstücke wurden gefunden, aber sonst fehlt jeder Anhalt. Bei dieser Verfassung stellte sich nun ein nachweisbarer Fehlbetrag von 4684 Mk. heraus. Die unterschlagene Summe dürfte aber bedeutend höher sein, da seit 1903 jeder Nachweis fehlt.

Der Herr Stadtschreiber war jedergelt eine kräftige Ordnungsmäßige!

**Zum Tode des Sängers Oberbürgermeisters.** Es steht jetzt fest, daß sich der Oberbürgermeister Eblitz, der auch Mitglied des Herrenhauses war, erschossen hat. Der freiwillige Tod soll aber in keinem Zusammenhang mit amtlichen oder städtischen Angelegenheiten stehen, insbesondere soll von Unterschlagungen vor Eblitz' Tod keine Rede sein.

Dem Ver. Lokalangeiger geht in der Angelegenheit ein Telegramm aus Frankfurt a. M. zu, das geeignet erscheint, Licht in das Dunkel zu bringen. Es lautet: „An den Oberbürgermeister Eblitz waren in letzter Zeit, namentlich von Frankfurt a. M. Expressbriefe abgegangen, auch sind größere Geldsummen von Eblitz nach Frankfurt geschickt worden. Die Expressbriefe sind bis jetzt nicht bekannt.“

**Explosion einer Pulverstampfe.** Montag früh ist die Strobel'sche Pulverstampfe in Glashaus bei Galsburg in die Luft geflogen. In einem Umkreis von einer halben Stunde wurden sämtliche Fenster zertrümmert. Wieviele Personen bei der Katastrophe ums Leben gekommen sind, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt.









## Organisation

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Beschl. auf dem Parteitag zu Leipzig.

### Parteilangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundfragen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

### Übervorteilung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Umfasst ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisen mit deren Zustimmung drücklich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt, diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei im Widerspruch stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Parteimitglieder haben in Einberufungen mit dem Vorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mitgliedsbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche Mitglieder 15 Pf. betragen. Mindestens 20 Prozent der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralfasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

### Rechenschaft.

§ 6. Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem Fragebogen des Parteivorstandes zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über Art und Umfang der erfassten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

### Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12.000 vier, bis 18.000 fünf und über 18.000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiorganisationen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 10 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Nummer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen. Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 7 und 8).

### Parteiorgan.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorständen, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, unter denen eine Vertreterin der Genossinnen sein muß. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Vorstandes, des Kassierers, der Schriftführer und der Vertreterin der Genossinnen erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzetteln in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der übrigen drei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission. Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat die Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder

der Kontrollkommission ein Nagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein Nagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand befragt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen gütlich zu hören, oder eine Konferenz ihrer Vertreter zu veranstalten.

### Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrolle der Parteigeschäfte sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern. Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einwendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

### Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie der Vermaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlin und der Vorort eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

### Ausschluß.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines atoben Verstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder einer ehlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand der Parteiorganisation — beantragt werden. Die Zustimmung des Beschuldigten und dessen eventuelle Bekanngabe erfolgt durch den Bezirks- oder Landesvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einlegung eines Schiedsgerichtes beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezieht der Parteivorstand.

Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Das magnetische Gewitter, das fast auf der ganzen Erde die telegraphischen und telephonischen Verbindungen gestört hat, ist nicht die erste Erscheinung dieser Art, die beobachtet worden ist. Das Phänomen kehrt in ganz unbestimmten Zwischenräumen wieder, nur ist es selten, daß die magnetischen Störungen im Erdball sich an den von den Menschen hergestellten Apparaten fast bemerkbar machen. Die Irritation der elektrischen Anlagen ist darauf zurückzuführen, daß wahrscheinlich durch die Veränderung des magnetischen Zustandes und die hierdurch verursachten Induktionswirkungen fast bagabunzierende Ströme im Erdkörper auftreten. Die Theorie über die magnetischen Gewitter oder Stürme, wie man die Erscheinung auch nennt, da sie eine plötzliche, stoßartige Bewegung darstellt, ist noch sehr unklar. Eine sehr große Wahrscheinlichkeit aber besteht, daß der Vorgang mit dem Auftreten von Sonnenflecken in Zusammenhang steht. Man erklärt die Sonnenflecken als gewaltige Ansammlungen von Metallstäben, und es ist ohne weiteres verständlich, daß der Magnetismus der Erde eine Störung erleidet, wenn ungeheure Metallmassen auf der der Erde angelegten Seite der Sonne erscheinen. Augenblicklich kann man mit dem Fernrohr wieder Sonnenflecken beobachten.

Was kosten Polar-Expeditionen? Für die Südpolar-Expedition, die gegenwärtig in England organisiert wird, sind 800.000 Mk. als mindestens erforderlich bezeichnet worden. Das ist eine verhältnismäßig geringe Summe, wenn man bedenkt, daß die Expedition aus etwa 50 Mitgliedern bestehen soll. Als Sir John Ross von der Regierung nicht die Mittel zu seiner zweiten arktischen Reise erhalten konnte, schenkte ihm der Whiskybrenner Felix Booth 400.000 Mk., und zum Danke nannte Ross ein neuentdecktes Land Boothia Felix. Die deutschen Nordpol-Expeditionen kosteten zusammen rund 101.000 Taler, der Bremer Meder Rosenthal rüstete 1869—1871 3 Expeditionen aus, die ihm, die Vergabe der Dampfer abgerechnet, 31.000 Taler Kosten verursachten. Poppers Polarfahrten (1870/71) kosteten dagegen nur 8000 Taler, es handelte sich aber nur um kurze Expeditionen. Spätere Reisende machten es nicht so billig. Für die v. Toll'sche Expedition 1900 gab die russische Regierung 240.000 Rubel her. Die deutsche Tiefsee-Expedition der „Valdivia“ war vom Reichstag mit 500.000 Mk. ermächtigt worden. Viel teurer verhältnismäßig als Polar-Expeditionen sind aber Entdeckungsfahrten in Afrika.

Ein Observatorium über den Wolken. Das höchste meteorologische und astronomische Observatorium in Amerika wird jetzt auf dem Gipfel des Mount Whitney in Kalifornien, 14.000

Fuß über dem Meeresspiegel errichtet. Die Gründung geht aus von der Smithsonian Institution, die ein Observatorium über den Wolken und frei von den Störungen durch den Dunst und Rauch bei großen Städten zur Verfügung haben wollte. Es ist ein kleines feines Gebäude mit drei Räumen, dessen Bau natürlich erhebliche Schwierigkeiten bereitet, da alles Material mit Wankeln auf beschwerlichen Wegen zu der großen Höhe hinaufgeschafft werden muß. Die Arbeit ist jetzt aber bereits der Vollendung nahe und das Observatorium soll dann allen Gelehrten zur Verfügung für Forschungen stehen.

## Aus aller Welt.

Die Abnahme des Bierkonsums in Deutschland. Infolge der Erhöhung der Biersteuer ist in vielen Teilen Deutschlands ein offener oder stiller Bierboykott ausgebrochen, der sich gegen die von den Brauereien und den Wirtshäusern vorgenommenen Preis erhöhungen richtet. Fast allgemein wird mitgeteilt, daß der Bierkonsum zurückgeht. Ob dieser Rückgang anhaltend sein wird, läßt sich natürlich im voraus nicht sagen. Tatsache aber ist, daß in den letzten Jahren überhaupt eine Abnahme des Biergenusses in Deutschland zu konstatieren ist. Zwar ist der Bierverbrauch im deutschen Zollgebiet von 67.468.000 Hektoliter im Jahre 1902 auf 72.842.000 Hektoliter gestiegen; aber diese Steigerung entspricht sogar einer kleinen Abnahme pro Kopf der Bevölkerung. Vor allem aber nimmt in Gegenden, wo bisher der Bierverbrauch sehr verbreitet war, dieser seit einer Reihe von Jahren ständig ab. So beträgt die Abnahme des Bierkonsums in der Reichsstadt München z. B. im Jahre 1908 über 6,3 Prozent gegen das Jahr 1907, d. h. um 21 Liter pro Kopf der Bevölkerung. Im Jahre 1893 trank der Münchener im Durchschnitt noch seine 525 Liter im Jahre; jetzt ist dieses Normalmaß um Dreifünftel auf 266 Liter gesunken. Es wurde an Bier konsumiert in München: Im Jahre 1900 bei einer Einwohnerzahl von 490.000 insgesamt 2.129.442 Hektoliter oder pro Kopf der Bevölkerung 433 Liter. Diese Piffern sanken von Jahr zu Jahr bis zum letzten Jahre bei 561.000 Einwohnern auf 1.491.867 Hektoliter oder 266 Liter pro Kopf. Man wird zugeben, daß dies eine ganz wesentliche Abnahme ist, besonders wenn man den wachsenden Fremdenverkehr der Stadt in Betracht zieht. Auch in anderen Städten ging der Bierkonsum zurück. So tranken auf den Kopf der Bevölkerung in Berlin im Jahre 1901: 245 Liter, 1906: 221,5 Liter; Nürnberg 1897: 356,4 Liter, 1906: 283,6 Liter. Die Abnahme aber die Schädlichkeit des übermäßigen Alkoholgenußes hat zweifellos das meiste zu diesem Rückgang beigetragen. Den Arbeitsorganisatorn kommt hierbei das größte Versehen zu. — Diese Zahlen lassen ahnen, was durch einen systematischen Brauwirtschaftsboykott zu erreichen ist.

Der Vogelwarte Koffiten ging von der englischen Mission Liberia, Palästina, folgende Postkarte zu: Es wurde ein großer Vogel in der Nähe von Aza (Palästina) geschossen mit einem breiten Ring am Fuß mit der Adresse: Vogelwarte Koffiten 1520 Germania. Dieses zu schreiben hat mich ein syrisches Mädchen aus Nazareth; ihr Verwandter hat den Vogel geschossen. Der Storch, um den es sich handelt, war bei Quana in Samland, Ostpreußen, gezeichnet worden. Die Karte ist am 31. August in Nazareth und am 5. September in Port Said abgestempelt. Die ostpreussische Störche ziehen Ende August ab; so müssen also die Storchscharen, denen Nr. 1520 angehört hat, ihre Reise sehr beschleunigt haben. Die Zugstraße der Störche vom nördlichsten Deutschland bis zur Südspitze Afrikas ist in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit durch den Ringversuch festgelegt worden.

### Weiteres.

#### Das erste agrarische Infanterie-Regiment.

Der Schred über die neue Bewegung gegen den Branntweinkonsum ist unseren Agrarier sehr eifrig in die Ohren gebläsen. Sofort traten aber auch die Führer zu erster Beratung zusammen, um Abwehrmaßregeln zu erwägen. Die mit einem dreifachen „G u t S o n n a p s t“ eingeleiteten Verhandlungen der Union in schönster Harmonie.

Zunächst beschloß man — um dem Gesinde ein gutes Beispiel zu geben — den Schnapskonsum in der eigenen Familie erheblich zu fördern. Der schlappe Paffee soll ganz durch den kernigen Branntwein ersetzt werden. Sämtliche Bedarfsartikel von Souffleuten und Gaudweilern werden nur noch mit Schnaps bezahlt. Auch die Herren Söhne bei der Armee erhalten von jetzt an ihren Wechsel in Schnaps. Sicherlich werden sie das Feuerwasser ohne Mühe an ihre Soldaten kostbar machen. Weltgehendste Unterstützung erhofft man von den feudalen Kreisen der Studentenschaft, mit denen ja die Schnapsregarter eng liiert sind. Bei ihnen will man auf Einführung des Schnapskonsums drängen. Wenn den widerpenigen Elementen ein paar Schnapsjungen aufgedrückt werden, so werden sie sich schließlich darin finden. Wer nicht partet, kommt vor ein Schnapsgericht.

In die Schullinder sollen mit Hilfe des Landrats keine Werkschleier verteilt werden, in denen auf die Notwendigkeit des deutschen Fußes hingewiesen wird. Zur Durchführung aller dieser Maßnahmen sind etwa tausend Vertrauensmänner in ganzen Reich gewählt worden. Sie werden sich nächsten bei einem Glase Schnaps als „Erstes agrarisches Infanterie-Regiment“ konstituieren.

Die Zustimmung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Befreiung erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. Gegen die Entscheldung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Rügen gegen diese Entscheldungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Das Recht der Organisationen, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen, wird durch vorstehende Bestimmung nicht berührt.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

### Wiederannahme.

§ 28. Der Antrag auf Wiederannahme eines aus der Partei Ausschlußentlassenen ist an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation des Wohnortes des Ausschlußentlassenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

### Abänderung der Organisation.

§ 29. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur gemacht werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 10 und 13 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abänderung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abänderung entscheiden.

§ 30. Die neuen Bestimmungen im § 5 treten am 1. April 1910 und die übrigen Bestimmungen dieses Statuts am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

## Partei-Angelegenheiten.

Ueber den Parteitag äußert sich Genosse Kautsky in der „Neuen Zeit“. Er bezeichnet den Parteitag als einen „Geschäftspartei“ und weniger vor ihm. Bezüglich der Reichstagsfrage, die der angestammte Beschluß den Janz über die Unterwerfungfrage aus der Welt schaffe; nun gelte es, „alle Kräfte aufzubieten, um zu zeigen, daß die Einwände jener Genossen grundlos waren, die befürchteten, das Abkommen müsse zur Verleumdung der Arbeiterklasse führen“. Das Gerücht vom Sturz der Revisionisten in den bürgerlichen Blättern beweise, so führt Genosse Kautsky weiter, eine weitgehende Ansprüchelosigkeit dieser Blätter. Wenn die Ablehnung der Berliner Resolution ein Sturz des Revisionismus sein solle, so wäre auch die „Neue Zeit“ ein revisionistisches Organ, da sie schon vor dem Parteitag Bedenken gegen jene Resolution geäußert habe. Die Debatte über die Erbschaftsteuer habe kein greifbares Resultat ergeben, aber doch die Situation insofern geklärt, daß sie deutlich die beiden Richtungen erkennen ließ, die innerhalb unserer Reichsorganisation bestehen. Die beiden Gruppen in der Frage der Erbschaftsteuer bestanden sich völlig mit den beiden Gruppen von Revisionismus und Stabilismus. Innerhalb des letzteren selbst herrscht nicht völlige Einmütigkeit. Das schreibt er, Kautsky, dem Umstand zu, daß die Frage der sozialdemokratischen Steuerpolitik eine eingehende grundsätzliche Unternehmung noch nicht erfahren hat. Kautsky weist darauf hin, daß bei der nächsten Finanzreform eine ganz andere Situation eintraten könnte als bei der letzten. Der Rüstungsbedarf könne darin führen, daß erhöhte, direkte Steuern im Reichstage aufzuheben, die die Befragenden erheblich belasten. Kautsky führt aus:

„Wie aber, wenn zur Fortsetzung der Rüstungen binnen wenigen Jahren die Forderung von 500 Millionen neuer direkter Steuern im Reichstage aufsteht? Sollen wir eine solche Rüstung ohne Rücksicht auf die Vermehrung, sich wohl es direkte Steuern sind, der Regierung bewilligen?“

Kautsky und Marine sind den herrschenden Klassen kein Spielzeug, auf das sie verzichten, wenn sie es zu bezahlen haben, sondern eine von ihnen für unentbehrlich gehaltene Waffe im internationalen Kampfe um die Erlöse, das heißt im Kampfe um die kapitalistische Erlöse, den Profit. Macht ihnen die fortgesetzte Rüstung des Nachbarn die Erhaltung dieser Waffe zu notwendig, dann besteht die Gefahr, daß sie sich decken, den Nachbar niederzuschlagen, ehe er zu mächtig geworden ist. Weit eher als bei der Reichsreform möchte der Reichstag aus der wachsenden Belastung der Reichsregierung hervorgehen.“

Dazu kommt die „Dresdener Volkszeitung“:

„Mit diesen Ausführungen lenkt Genosse Kautsky die Erörterung über die Bewilligung oder Ablehnung direkter Reichssteuer von übersehbarer Terrain der Gegenwartspolitik in das Gebiet der Zukunftsberechnungen und Zukunftskombinationen. Rein noch es erachtet Politiker wird aber imstande sein, für alle möglichen vielfältig eintretenden politischen Situationen schon jetzt Vorkehrungen zu treffen. Vorläufig war und ist noch ganz und gar nicht davon zu handeln, daß die bestehenden Klassen gewillt sind, 500 Millionen direkter Reichssteuer aus ihrem Taschen zu zahlen. Vorläufig wollen sie gar nichts zahlen und lieber die Lebensmittel des Volkes weiter verteuern. Vorläufig darf man auch — das heißt England — nicht es abgelehnt — annehmen, daß das Rüstungsbedürfnis der Welt durch die nächsten Jahre sich so gestalten wird, wie Kautsky es für möglich hält, und welche Schritte dann unsere Partei aus dem so veränderten Verhältnis für ihre Haltung bei der Abstimmung über direkte Reichssteuer ziehen wird, das wird sich gegenwärtig wohl noch nicht mit annähernder Sicherheit sagen lassen. Der Reichstag Parteitag konnte nur mit den Faktoren rechnen, die jetzt vorliegen, und ist insofern hat die Debatte über die Haltung der Fraktion genug Nützend gewährt.“

Ein neues Kampfbüchlein. Seit dem 19. August erscheint, wie die „Schlesische Arbeiterzeitung“ ihrer Seiten aus Lohsa (Märkte) enthält, für März eine sozialistische Zeitung unter dem Titel „El partido socialista“ (Die sozialistische Partei).

## Arbeiterbewegung.

Aus der Kammer des Metallindustriellen Arbeitsschwerers in Leipzig. Die Metallindustriellen Leipzigs haben seit Jahren einen Arbeitsschwerer, der sich den verschiedenen Leiden an die Seite stellen kann. Als sie ihn erkrankten, wußten sie, welche Waffe sie sich damit gegen die Arbeiterbewegung schmebelen, und sie haben diese auch unermüdet benützt. Seit Jahren hat sich nun bei den Arbeitern ein bitterer Haß gegen dieses Instrument angefaßt, das sich an einem Parteitag als schmerzhaftes Werkzeug hat erweisen können. Die Arbeiter wissen, daß man die Bewegung der Arbeiter nicht so leicht bezwingen kann. Ein früherer Sprecher vom Arbeitsschwerer in Leipzig, Herr Schmidt, hat die Arbeiterbewegung auf dem Leipziger Parteitag besprochen. Als im Jahre 1905 ein Arbeiter

eines Eisenwerkes gegen ein Mitglied des Industriellen-Verbandes nur durch das ansehnliche Aufsteigen des Arbeitsschwerers abgeklagt werden konnte, gingen die Industriellen zu einer neuen Organisation ihres Aufregungs-Bureaus über. Sie legten nach Berliner und Hamburger System Personalakten an, jedoch für jeden Arbeiter, der einmal durch den Arbeitsschwerer Arbeit erhalten hatte, — und anders kann ein Metallarbeiter in Leipzig kaum Arbeit bekommen, — Namen mit Namen, Geburtsort, -jahr und -tag, sowie mit einem „Abrechnungsbogen“ des Unternehmens (Grund der Entlassung oder Kündigung) das Material zum Steckbrief alias schwarze Akte immer da ist. Und dieses Personalartensystem funktionierte „ausgezeichnet“, kann doch jede Firma in diesen Gebieten angeben, was ihr beliebt. Um sich aber vor unangenehmen Klagen und Prozessen zu sichern, haben die Industriellen dem Arbeitsschwerer das Recht gegeben, bei Einstellungen von Arbeitern das letzte Wort zu reden. Der Lohn, den die Fabrikannten dem arbeitsschwerenden Metallarbeiter für den Arbeitsschwerer ausstellen, enthält nämlich den Passus: Unterzeichnete Firma beabsichtigt den... einzustellen, falls demselben derselbe ein Arbeitsschwerer ausgestellt wird.“ Mit dieser Klausel bedenken sich die Industriellen und die Arbeiter sind dem Arbeitsschwerer nicht dank und Danks auszusprechen. Und diese Machtstellung muß der Arbeitsschwerer in ständiger Weise aus, jedoch sich schließlich die Metallarbeiter veranlaßt haben, am Freitag Abend in einer nach dem Leipziger Revolutionsklub einberufenen, von über 3000 Personen besetzten Versammlung Stellung zu nehmen. Von ständiger Müde und Enttäuschungen unterbrochen, schilderte der Delegationschef Probst die Zustände in dem Arbeitsschwerer. Ein Former, Vater von neun Kindern, habe am 10. Juli 1908 wegen Lohnunterschieden die Arbeit aufgegeben und erhielt, trotzdem er wiederholt Arbeit gesucht bekam, vom Arbeitsschwerer keinen Lohn und mußte endlich abziehen. Ein anderer Former, Vater von fünf Kindern, hat bis heute noch keinen Lohn bekommen, trotzdem ihm selbst vom Vorstehen des Metallindustriellenverbandes erklärt worden ist, daß gegen ihn nichts vorliegt. Herr Birbaum erklärt einfach: Der Vorstehen hat mir gar nichts zu melden; ich bin vom Gesamtverband angeheilt. — Probst konnte noch eine ganze Reihe dramatischer Fälle aufzählen, die aber nur einen Bruchteil all der Tragödien bilden, deren sich der Herr brüht. Er kündigt er die Arbeiterkollektiven mit den ordentlichsten Schimpfwörtern. Auch sagte er: „Seht doch zu Euren handwerklichen Metallarbeiter-Verband und laßt Euch was zu stellen geben!“ Dann rühmt er sich, einen Schmied mit der Schnauze in den Ausgang der Wasserleitung gefahren zu haben, daß er von der Sanitätswache wieder herausgelangt werden mußte!“

Wenn ein Arbeiter nach Aufgabe seiner bisherigen Stellung sich nicht sofort meldet, erklärt ihm Birbaum: „So lange sind Sie schon arbeitslos und jetzt erst finden Sie mich. Nun können Sie auch so lange warten, wie Sie gebraucht haben, zu uns zu kommen, ehe ich Sie einstelle!“ — Die Gewerkschaftsführer sind ihm Wunden, Schanden, Gauner, Spitzhaken und verächtliche Menschen. Der Herr aber bezieht 300 Mark Monatsgehalt, was in Leipzig kein Gewerkschaftsführer aufweisen kann.

In einer Resolution brüht die Versammlung ihre Entschlossenheit über dieses Aufregungs-Bureau und die Behandlung der Arbeitsschwerenden durch den Arbeitsschwerer aus. Einmal an das Licht gezogen, werden die Zustände in dieser Kammer der Metallindustriellen wohl weitere Kreise ziehen.

## Aus Schlesien und Posen.

### Die „Abrechnung“ mit dem Junker von Richtig-Höfen.

Von der konservativen Parteifraktion für den Reichstagswahlkreis Schweidnitz-Striegau war für Freitag, den 21. September, eine öffentliche Wählerversammlung nach der Draufkommene einberufen worden, in welcher zunächst der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Schweidnitz-Striegau, Freiherr v. Richtig-Höfen, Redenschaft ablegen sollte über seine Tätigkeit im Reichstage. Wer da geglaubt hatte, diese Versammlung würde sich zu einer wichtigen Protestkundgebung gegen die arbeit- und mittelstandsfremde Steuerpolitik des freiherrlichen „Wahlvertreter“ auswirken, der wurde gründlich enttäuscht. Zunächst hatten die Einberufer es darauf abgesehen, sich von vornherein jeden unliebsamen Gegner vom Hals zu halten. Eingeladen waren nur Freunde der konservativen Sache. Des weiteren hatte man die Versammlung an einen Zeitpunkt verlegt, wo es den Handwerker, Geschäftsmänner und vor allem den Arbeitern unmöglich war, an der Versammlung teilzunehmen. Vormittags 11 Uhr. So waren die Herrschaften ganz unter sich. Die Handwerker und Geschäftsmänner, die Beamten und Kaufleute und wie sie sonst alle heißen mögen, die sich den edlen Freiherrn zum Vertreter erkoren, waren indirekt hinausgewinkt worden. Die preussische Eisenbahnverwaltung hatte sich in den Dienst der konservativen Parteifraktion gestellt; und für die auswärtigen Teilnehmer der Versammlung einen Sonderzug bereitgehalten, der um 1,20 Uhr den Bahnhof Oberstadt verlassen sollte. Da die Versammlung aber erst um 2,30 Uhr beendet war, wurde der Zug überhaupt nicht benutzt. Wer trägt nun die Kosten?

Der Würdiger Graf v. Stolberg eröffnete die Versammlung und gab in seiner Begrüßungsrede der Hoffnung Ausdruck, daß das Volk über kurz oder lang den konservativen Herrschaften Steuer- und Abgaben vergessen werde. (So leicht nicht, dafür werden wir sorgen. Red.) Sodann rebete der Herr v. Richtig-Höfen. Er bezeichnete die Nationalliberalen als die eigentlichen Kanalarbeiter, verwarf sie gegen den Vorwurf, die Zenträmmer vor den Arbeitsschwerer als hinterlistige Stellen und Reichsfeinde bezeichnet zu haben und versuchte sodann die Haltung jener Fraktion in der Reichsfinanzreformfrage zu rechtfertigen. Kein Zeichen des Unwillens, kein Protestruf unterbrach die ca. einstündige Rede des wohlgebildeten Junkers, was ja bei der Zusammenkunft der Versammlung nicht verwundern darf.

Nachdem noch ein General a. D., ein Freiherr von Reichenstein eine Vorlesung zum Besten gegeben, wurde in die Diskussion eingetreten, die zu einer jämmerlichen Aufregung in Familie ausartete.

Während der unterwürfigen Schneidmesser Meier unverständliche Worte in den Saal hineinspreizte, verließ sich Galtshofener Leiche zu einigen für die anwesenden Steuer- und Abgaben wahren. Der Redner wurde von dem größten Beifall wiederholt unterbrochen und als der Mittelwähler Kuppe sich das Wort zur Tagesordnung (Wufe zur Geschäftsordnung heißt es!) erbat, wurde der „vollgewählte“ Herr Demmeler einfach geschickt. Nach vergeblichen Zurechtweisungen mußte sich die Herren von ihren konservativen Freunden erlösen; der Junkerhochmut hatte gefiegt. Der Aufgabe, die gewählten Lebewesen vom Mittelstand einzuermessen zu wölten, unterzog sich Herr Richtig-Höfen jedoch dem Richtig-Höfen, als auch dem Reichensteiner für ihre Tätigkeit ein Hoch ausgebracht wurde, da stimmten die von „rechts“ und die von „links“ mit erhobenen Händen kräftig ein. Wie war mit einem Bericht in einer Arbeiterversammlung, Herr Reichstagsabgeordneter?

Diegnitz, 27. September. Ein Polizeireisender. Ein Bergung, der viel zu denken gibt, ereignete sich am jüngsten Sonntag. Ein da unser Genosse, der Richter R., mit seinem Kinde auf einer Fahrt in den Promenadenanlagen in der Nähe des Schlosses. In seiner Nähe, ebenfalls auf einer Fahrt, hatte sich ein alter Mann niedergelassen. Die beide schon eine ganze Zeit so gesehen, kam plötzlich der Polizeireisende R. auf den alten Mann zu und herrschte diesen an, was er denn hier treibe, er habe doch vor ganz kurzer Zeit hier in der Nähe ge-

betritt. Diesen Vorwurf wies der alte Mann zurück, was aber den Beamten nicht abhielt, bei seiner Behauptung zu bleiben. Da stellte sich der Genosse R. dem alten Mann als Zeuge zur Verfügung und erklärte dem Polizeibeamten, daß er seinen Vorwurf jedenfalls als unrichtig erchebe, denn der des Betretens beschuldigte alte, wie er aus eigener Anschauung bestätigen könne, schon länger als eine halbe Stunde auf der Bank, könne während dieser Zeit also unmöglich betreten haben. Dieses Zeugenangebot paßte nun aufeinander dem Beamten gar nicht in den Kram, denn er wies unseren Genossen beifig zurück und forderte ihn schließlich im Laufe der Auseinandersetzung auf, seine Personalien anzugeben. Dies verweigerte R. und nun soll, wie uns mitgeteilt wird, der Beamte dem R. die Hand gefesselt angelegt haben, um ihn so nach der Wache zu transportieren. Der so Gefesselte forderte ganz entschieden, daß man ihm die Kette abnehme, was nun auch geschah. R. forderte nun scheinbar den Polizeibeamten auf, ihn nach der Wache zu begleiten, weil er dort Anzeige wegen des Vorfalles erhalten wolle. Da aber auf der Wache sich nur eben derselbe Sergeant U. zur Annahme der Anzeige bereit erklärte, verzichtete unser Genosse vorläufig auf dieses Geschäft und ging seiner Wege, um zu gelegener Zeit die Anzeige zu erstatten. Wir geben die Schilderung des Vorfalles wieder, ohne dem Untersuchungs-Ergebnis vorgreifen zu wollen. Auf jeden Fall erwarten wir, daß die Angelegenheit mit Sorgfalt geprüft wird. Die Bürgerschaft hat ein Interesse zu erfahren, in wie weit solche Vorkommnisse den Aufenthalt in den öffentlichen Anlagen angenehm oder nicht angenehm machen.

Diegnitz, 28. September. Vollständiger Sieg der Arbeitererschaft im Saalkampffeld Nach 14 wöchigem erbitterten Kampfe haben nunmehr auch der „Wintergarten“ und die „Wacht am Rhein“ die Forderungen der Arbeitererschaft schriftlich anerkannt! Es bleibt also nur noch der „Deutsche Kaiser“ als hofkottiert übrig. Aber auch dieses Lokal dürfte in kürzester Zeit folgen, denn wir glauben nicht, daß die Schlossbrauerei, welche Besitzerin dieses Lokals ist, noch länger dem arbeitserfindlichen Verhalten ihres Pächters tatenlos zusehen wird! Es hat sich also wiederum gezeigt, daß die organisierte Arbeitererschaft in ihrem opfermutigen Kampfe (100 Wochentage waren allsonntäglich notwendig!) gegen die koalitionsfeindlichen Saalbesitzer weber durch Polizei noch Gericht abzuschrecken war, bis der Sieg errungen!

Kunzendorf, Kr. Schweidnitz, 28. September. Ein Debüt Verden-Müller's. Der Volksverein „Fortschritt“ Schweidnitz hatte hier am Sonntag eine Versammlung einberufen, in welcher der freisinnige Parteiführer Müller-Breslau über: „Die neuen Steuern und der Bauernstand“ referierte. Die überwiegende Mehrheit der circa 50 Anwesenden bestand aus Arbeitern, die Kleinrentnern, auf die es abgesehen war, waren nur ganz vereinzelt erschienen. Herr Müller ergriffte viel und weisheitsvoll von den Bauern, auch an den Jungfern ließ er kein gutes Haar, aber die neuen Steuern erwähnte er nur so nebenbei. Vom Holzkrieg und dessen Wirkungen erzählte er viel und behielt sich nicht wenig damit, daß die Freisinnigen gegen denselben gestimmt haben. Herr Müller vergaß nur zu sagen, daß die Freisinnigen unter Eugen Richters Führung der Sozialdemokraten im Kampfe gegen den Holzkrieg in den Rücken gefallen sind und somit mitschuldig an der Annahme desselben sind. Von den Lasten, welche die Kolonialpolitik dem Reiche aufbürdet, hörte man viel, Herr Müller vergaß aber wiederum zu erwähnen, daß die Freisinnigen die Millionen für Sandwälder immer still mitbewilligt haben. Die Schuldenwirtschaft des Reiches veranlaßte Herrn Müller zu einer scharfen Kritik der unerböteten Ausgaben für Meer und Marine. Seine „Vergesslichkeit“ ließ es jedoch nicht zu, zu erwähnen, daß die Freisinnigen im Reichstage die Taxende von Millionen für Meer und Marine zum Teil mit Hurra bewilligten. Ueberhaupt ein origineller Mann, dieser Herr Müller! Ueber die Deben der Sozialdemokraten machte er sich lustig, ohne zu bedenken, daß die Bierpreise, die keinen eigenen Parteiführern ins Knopfloch geflogen sind, diese in einem Wonnelaumel verlegt haben. Spotten ihrer selbst und wissen nicht viel! In der Diskussion gestattete sich Genosse Fischer-Freiburg das Gedächtnis des Herrn Müller etwas aufzufrischen und ihn an Verhöhnung, was er „vergessen“ hatte, zu erinnern. Besonders die Biadara, die Herr Müller wohl aus guten Gründen mit keinem Worte erwähnt hatte, gab dem Genossen Fischer Gelegenheit, die Enttarnung des Freisinnigen über die neuen Steuern als Denkelei und Schwindel zu brandmarken. Das brachte Herrn Müller wieder auf die Beine. Er zog nun ordentlich über die Sozialdemokratie her, entwickelte aber so konfuse Ansichten über die inneren Verhältnisse und die Ziele unserer Partei, daß sich unsere Genossen das Lachen nicht verbieten konnten. Als Genosse Fischer nochmals ums Wort bat, um auf die Verschönerungen zu erwidern, schloß der Vorsitzende schnell die Versammlung. Müdig war das gerade nicht, aber echt freisinnig!

Mit der großen Schlagfertigkeit, mit der Müller nach den Verhöhnungen der beiden freisinnigen Blätter den Genossen Fischer widerlegt haben soll, scheint es demnach nicht so weit her gewenken zu sein.

Sandwehru, 28. September. Selbstmord eines Stadlverordneten. Am Freitag hat sich der Leberbändler und Stadtverordnete Hugo Klahr in seiner Wohnung hier selbst mit Schweinfurter Grün vergiftet. R. betrieb hier und in Waldenburg eine Lederhandlung. Schlechte Geschäftsverhältnisse sollen die Ursache sein.

Rähn, 27. September. Vom Zuge gerammt. Nachdem Sonntag Abend um 8 Uhr 12 Minuten der Personenzug den hiesigen Bahnhof verlassen hatte, machte man eine grausige Entdeckung. Auf den Gleisen verstreut lagen, wie der „Boten“ meldet, viele Körperstücke, die von einer vollständig zerstörten Leiche herrühren mußten. Die Teile wurden in einer Kiste gesammelt und vorläufig im Stationsgebäude aufbewahrt. Später wurde ermittelt, daß die Leichenteile von dem 16jährigen Maurerlehrling Kopsch aus der benachbarten Kolonie Schellenberg stammten. Kopsch war nach Löwenberg gefahren und hatte sich ein Fahrrad gekauft. Auf der Rückfahrt ist er offenbar auf hiesigem Bahnhof vorzeitig abgestiegen, unter die Räder gekommen und sofort getödtet worden. Der ansahende Zug ist dann über die Leiche weggefahren und hat sie in fürchterlicher Weise zerstückelt.

Brieg, 28. Septbr. Aus der „Briegger Zeitung“: Breslauer Sozialdemokraten verteilten gestern in der Stadt zwei Flugblätter: eines, das auch auf dem Lande verteilt und von uns erwähnt worden ist, das andere mit der Überschrift: „Mittel, was auf!“ Es enthält die üblichen Kraftausdrücke und bespricht die neuen Steuern vom Parteistandpunkte aus. Was dabei herauskommt, kann sich jeder denken.“ — Antwort: 47 neue Absommen für die „Vollwacht“ und einige neue Mitglieder für die politische Organisation.

Brieg, 28. September. Tödtlicher Unfall. Am Freitag fuhren zwei Richter der Firma Bethje mit Möbeltransporter nach Breslau. In der Nähe von Eischanitz bemerkte der eine, daß das andere Gefährt ohne Fahrer ankam. Nach kurzem Suchen fand er seinen Kollegen Eipke tot im Grabe liegend vor. Er ist jedenfalls vom Wagen gestürzt und überfahren worden. Die Leiche wurde nach Brieg geschafft.

Opalenitz (Posen), 28. September. Unterschlagung. Hier wurde der Kammerassistentendant G. verhaftet. Bei einer Revision wurde festgestellt, daß er am 1. d. M. Gelder unterschlagen hatte.

Aschersleben, 27. September. Fener. Montag früh um 7, 1/2 Uhr brannte die Wohnung des Wirtshausbesizers Schale, bestehend aus Wohnung, Stallung und Scheune nieder. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts bekannt.